



Dat Pöggskén

ZEITUNG DER GRÜNEN TELGTE & WESTBEVERN

Guten Tag, liebe Leserin
und lieber Leser!

Die Grünen in Telgte präsentieren euch und Ihnen heute ein besonders dickes „Dat Pöggskén“, denn es geht gerade auch um besonders viel. Vor uns liegt die Europawahl – die Zeit, in der alle dachten, „das ist irgendwas in Brüssel oder so“, ist vorbei. Längst haben die meisten verstanden, dass die grundsätzlichen Zukunftsthemen in Brüssel und Straßburg angestoßen werden.

In den Vordergrund treten in letzter Zeit Themen, die wir bisher nur aus dem Geschichtsunterricht und aus den Erzählungen unserer Eltern und Großeltern kannten: Populismus, Rechtsradikalismus und schließlich auch Krieg. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung, die überall und natürlich auch in Telgte spürbar und sichtbar ist, zieht sich durch ganz Europa und spiegelt sich auch deutlich in der Wahl am 9. Juni wider. Der rechte Rand wird breiter und es ist noch längst nicht ausgemacht, wer mit wem am Ende Mehrheiten bildet, denn nicht alle Parteien schließen Koalitionen mit Rechtspopulisten kategorisch aus. Wir alle sollten genau hinschauen und uns an den grundsätzlichen Entscheidungen beteiligen.

Gleichwohl entlassen wir Sie und euch auch gerne zwischendurch in den Ohrensessel, um bei einer Tasse Tee oder Kaffee Dat Pöggskén in Ruhe zu lesen. Denn irgendwas muss ja auch Kontinuität haben, wie zum Beispiel:
Dat Pöggskén!

Ihre und Eure
Pöggskénredaktion



Terry Reintke - Grüne Spitzenkandidatin Foto: Cornelius Gollhardt

Was bedeutet Europa für mich?

Anlässlich der Europawahl am 9. Juni habe ich mir selbst die Frage gestellt, was Europa überhaupt für mich bedeutet und warum es so wichtig ist, auch bei dieser Wahl seine Stimme abzugeben.

Europa steht für mich in erster Linie für Frieden, Freiheit,

Gerechtigkeit und Wohlstand. All das ist keine Selbstverständlichkeit, wie uns der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die angespannte wirtschaftliche Lage tagtäglich vor Augen führen. Rechtsextreme Parteien in ganz Europa rütteln am freiheitlich-demokratischen

Fundament der Europäischen Union, wollen es einreißen und Europa zu Fall bringen. Europa kann aber nur gemeinsam sicher und stark sein, Alleingänge oder sogar Austritte schwächen es. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass rechtsextreme Kräfte unwiederbringlich zerstören,

was wir aufgebaut haben. Im Rahmen der EU-Mindestlohnrichtlinie verpflichten sich die Mitgliedsstaaten beispielsweise dazu, angemessene Mindestlöhne transparent...

Lesen Sie mehr auf Seite 19

Liebe Telgterinnen und Telgter,

Liebe Leserinnen und Leser,

landauf, landab gab es seit Anfang des Jahres große und bunte Kundgebungen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus in unserem Land. Hintergrund war das Treffen rechtsextremistischer Kräfte mit Vertretern der AfD in Potsdam, die über eine Vertreibung von Millionen Menschen mit Migrationshintergrund aus Deutschland schwadroniert haben.

Die Veranstaltungen – und so auch die Kundgebung am 25. Februar auf dem Telgter Marktplatz mit rund 1.500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern – sind ein ermutigendes Zeichen für die Vielfalt und Stärke unseres demokratisch verfassten Staates. Für alle vier Fraktionen, die im Telgter Stadtrat vertreten sind, durfte ich stellvertretend unterstreichen:

Wir sind klare Gegner von Antidemokraten und Verfassungsfeinden. Wir – die Ratsmitglieder und die sie tragenden Parteien – stehen für unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung. Die vielen Menschen, die gekommen waren, haben beeindruckt und ermutigt! Wir konnten gemeinsam zeigen, dass wir – die Mehrheit – für eine bunte, offene und vielfältige Gesellschaft stehen und zugleich deutlich machen, dass wir uns von Gegnern unseres Grundgesetzes nicht vertreten fühlen. Unsere Gesellschaft lebt vom Vertrauen und Austausch vieler unterschiedlicher Menschen, und sie lebt davon, dass wir alle gleich sind, egal woher wir kommen!

Das, was für uns selbstverständlich erscheint – offen demonstrieren zu können, unsere Meinung zu sagen, uns politisch

betätigen zu können, die Freiheit der Presse, die Freiheit der sexuellen Orientierung, die Freiheit der Religionsausübung, die Unabhängigkeit der Justiz – all das ist nicht selbstverständlich, sondern es braucht unseren Einsatz, unser Engagement: in den Nachbarschaften, in den Sportvereinen, in den Schulgremien, in den kirchlichen oder gesellschaftlichen Gruppen, in der ehrenamtlichen Politik.

Demokratie ist eben keine Selbstverständlichkeit. Sie ist anstrengend, sie braucht oft viel Zeit und Geduld, um zu Entscheidungen zu kommen, sie ist kompliziert und sie führt nicht immer zu Ergebnissen, die uns alle zufriedenstellen. Aber es gibt zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung keine Alternative.

Es gibt allerdings eine po-

litische Kraft, die sich für die Alternative für Deutschland hält und doch sehr klar zum Ausdruck bringt, wie sehr sie mit dieser Demokratie hadert, und die in Teilen ganz offen die freiheitlich-demokratische Grundordnung ablehnt und bekämpft. Eine solche Alternative brauchen wir nicht! Wir stehen für Respekt, Solidarität, Offenheit, Toleranz und Vielfalt!

Bei Kundgebungen darf es aber nicht bleiben. Wenn wir uns für unsere Demokratie engagieren wollen, dann geht das auch zum Beispiel, indem wir uns als Wahlhelfer*innen zur Verfügung stellen, wenn das Europaparlament gewählt wird oder im nächsten Jahr der Bundestag und der Stadtrat vor Ort! Ärmel aufkrepeln und mitmachen!

Lassen Sie uns zusammenstehen und die bunte Vielfalt



unserer offenen und demokratischen Gesellschaft zeigen und leben. Und lassen Sie uns das nicht nur einmal tun, sondern ausdauernd, kraftvoll, fröhlich und immer wieder neu!

Herzliche Grüße
Ihr

Wolfgang Peters

Telgte ist bunt!

Kundgebung für Vielfalt, Toleranz und Menschlichkeit

Über 1.500 Telgterinnen und Telgter kamen am Sonntag, 25. Februar, zum Marktplatz, um sich gemeinsam für Vielfalt, Toleranz und Menschlichkeit einzusetzen. Die Kundgebung wurde von einem breiten Bündnis aus Vereinen, Religionsgemeinschaften, Schulen und allen im Rat vertretenen Parteien organisiert.

Bunte Transparente und Fahnen untermauerten unser aller Anliegen: „Menschenrechte statt rechte Menschen“ stand auf mehreren Plakaten, „Rechter Gefahr ins Auge sehen – wählen gehen!“, „Peace“ oder „Telgte strahlt gegen rechts“ auf anderen. „Omas gegen rechts“ waren genauso vor Ort wie Geflüchtete, die große Transparente mit

dem Aufdruck „Gemeinsam für Vielfalt, Toleranz und Menschlichkeit“ und „Telgte ist bunt“ gestaltet hatten. Mehr als zehn Rede- und Musikbeiträge beispielsweise von Schülerinnen und Schülern, Vertretenden der Religionsgemeinschaften, der Sport- und Schützenvereine, der Landwirtschaft, der Telgter Hanse oder vom Vadruper

Fanfarenkorps gaben wichtige Denkanstöße und trugen zur guten Stimmung bei. Es war ein tolles Gefühl, inmitten dieser bunten Menschenmenge zu stehen, die alle gekommen waren, um ein Zeichen für die Demokratie zu setzen.

Dass die vielen Demonstrationen in ganz Deutschland wirkungsvoll waren, zeigt un-

ter anderem die hohe Zahl an Neumitgliedern, die seit Januar auch bei uns Grünen in Telgte beigetreten sind, um eine Partei der Mitte zu stärken – vielen Dank dafür!

k.b.



Foto: Katja Behrendt

Dialog schafft Verständnis



Fotos: Katja Behrendt

2024 begann lautstark mit dem bundesweiten Bauernprotest. Mitte Januar überreichte auch der Landwirtschaftliche Ortsverein (LOV) Telgte-Westbevern Vertretenden aller Fraktionen im Rat der Stadt Telgte die Resolution „Zu viel ist zu viel“. Mit zwei geparkten Schleppern vor dem Rathaus machten rund 30 Landwirtinnen und Landwirte aus unserer Stadt auf ihre Situation und ihren Ärger über die geplante schrittweise Streichung der Steuerrückerstattung für den Agrardiesel aufmerksam.

Wie wichtig unserem grünen Bürgermeister der Austausch, der Dialog und das Bemühen

um gegenseitiges Verständnis ist – und das trotz oder gerade wegen der in Teilen durchaus unterschiedlichen Positionen –, machte Wolfgang Pieper in seiner Ansprache vorm Rathaus deutlich. Wir teilen seine Meinung: Bei aller Kritik ist es wichtig, sich gegenseitig zuzuhören, um Verständnis zu entwickeln.

Landwirtschaftliche Betriebe müssen sich in Deutschland seit Jahren in einem Strukturwandel behaupten, den die Vorgängerregierungen befeuert haben. Das Höfesterben ist auch im Münsterland eine Folge davon. Wir können nachvollziehen, dass un-

sere Landwirtinnen und Landwirte Planungssicherheit und Verlässlichkeit fordern. Verlässliche Politik sollte für alle Parteien ein Ziel politischen Handelns sein – in Zeiten großer Veränderung ist das allerdings nicht ganz einfach.

Auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene setzen sich unsere grünen Abgeordneten für eine Landwirtschaft ein, die im Einklang mit der Natur arbeiten kann, Tiere respektvoll behandelt, den Familien in der Landwirtschaft ein auskömmliches Wirtschaften ermöglicht und uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgt.

Bei unseren Treffen mit dem Landwirtschaftlichen Kreisverband haben wir beispielsweise die geplante Tierwohlabgabe oder regionale Direktvermarktungsideen durchaus im Einvernehmen diskutiert. Auch unsere Forderung auf Kreisebene nach einem nachhaltigen Wassermanagement stößt in der Landwirtschaft immer mehr auf Interesse.

Bei allem nachvollziehbaren Frust über die Herausforderung in der Veränderung, es gibt auch heute schon eine steigende Zahl an Landwirtinnen und Landwirte, die einen „naturnäheren“ Weg für sich gefunden haben. Trotz der zu beklagenden Un-

sicherheit. Beispielsweise steigt der Anteil an Betrieben im ökologischen Landbau laut Bundeslandwirtschaftsministerium kontinuierlich auf inzwischen rund 16 Prozent im Jahr 2021. Wir meinen: Es gibt noch Luft nach oben.

Wir Verbraucher*innen haben es in der Hand: Wenn wir beim Kauf von Fleisch auf gute Haltung Wert legen, fördern wir das Tierwohl in der Landwirtschaft.

k.b.

Tierwohlabgabe oder höhere Mehrwertsteuer?

Neben der Tierwohlabgabe wird diskutiert, ob nicht auch die Mehrwertsteuer von aktuell ermäßigten sieben Prozent auf reguläre 19 Prozent erhöht werden sollte für mehr Tierwohl in der Landwirtschaft.

Zur Mehrwertsteuererhöhung:

- + Anhebung lässt sich sehr schnell umsetzen, das ist kein großer Verwaltungsaufwand.
- Bund und Länder teilen sich die Einnahmen aus der Mehrwertsteuer. Es müssten Regelungen gefunden werden, damit das Geld zweckgebunden in die Förderung der Landwirte für eine bessere Tierhaltung fließt.
- Der Preisaufschlag bezieht sich auf den Warenwert. So würde der Preis für das ohnehin schon teurere Biofleisch stärker steigen als der für das Billigfleisch.

Zur Tierwohlabgabe oder zum Tierwohlcent:

- + Wer viel Fleisch und Wurst isst, der zahlt mehr.
- + Es wird pro Kilo gerechnet, also mengenbezogen. Teures Biofleisch ist damit nicht benachteiligt.
- Es müsste ein neues Steuersystem aufgebaut werden, das auch dem landwirtschaftlichen Betrieb zugutekommt, also mehr Verwaltungsaufwand.

Volle Synagoge an Schabbat

Gut 40 Interessierte folgten der Einladung des Ortsverbandes der Grünen zur Besichtigung der Alten Synagoge am 2. März.

Dr. Barbara Elkeles vom Verein „Erinnerung und Mahnung“ erläuterte anhand der Spuren in dem möglicherweise ältesten Gebäude der Stadt die religiösen Details der Einrichtung, veranschaulichte die rituellen Abläufe der Gottesdienste und vermittelte so Einblicke in das Leben der ehemaligen jüdischen Gemeinde Telgtes. Nachdem 1875 eine neue und größere Synagoge in der Königsstraße gebaut worden war, geriet die historische Funktion des Hinterhofgebäudes in der Emsstraße in Vergessenheit. Erst vor wenigen Jahren wurde die Bedeutung der umfunktionierten Räumlichkeiten wieder

entdeckt und aufwendig wieder sichtbar gemacht.

Die Sprecherinnen der Grünen in Telgte, Tatjana Scharfe und Katja Behrendt, freuten sich über das große Interesse. „Dass wir die Synagoge wieder besichtigen können, ist nicht selbstverständlich. Vielen Dank an alle Beteiligten, die diese Restaurierung möglich gemacht haben“, sagte Katja Behrendt. Tatjana Scharfe betonte den aktuellen Bezug: „1.500 Menschen sind in Telgte zu der Kundgebung gekommen, um Flagge für Toleranz und Vielfalt zu zeigen. In der Alten Synagoge wird Geschichte greifbar und zeigt, wohin Rechtsextremismus führt.“

g.k.



Vom Leben und Glauben jüdischer Bürgerinnen und Bürger berichtete Dr. Barbara Elkeles (4.v.l.) während der Führung der alten Synagoge. Foto: Katja Behrendt

Verlust oder Chance?

Telgter Stadtarchiv geht nach Warendorf

Es ist gerade einmal gut zwei Jahre her, dass das Telgter Stadtarchiv frisch renovierte Räume im Rathaus bezogen hat, und jetzt wird der komplette Bestand in das Kreisarchiv Warendorf verlagert! Was steckt dahinter?

Auslöser war wohl, dass die Archivarin Frau Plötzgen eine neue Stelle am Niederrhein antritt, was ihr niemand verdenken kann. Archivkräfte sind rar gesät, sodass es sehr schwierig gewesen wäre, eine ausgebil-

dete Nachfolgerin zu finden. Daher lag es nahe, das Angebot des Kreises anzunehmen, die kompletten Bestände in das Kreisarchiv abzugeben – wie das im Übrigen alle anderen Kommunen des Kreises getan haben.

Das lohnt sich zunächst einmal finanziell: Die Stadt zahlt zwar 50 Cent pro Einwohner jährlich an den Kreis, also gut 10.000 Euro, spart aber andererseits rund 60.000 Euro an Sach-

und Personalkosten. Trotzdem bedauern viele den Umzug, geht doch die räumliche Nähe des Archivs verloren.

Allerdings verbessern sich die Bedingungen in vielerlei Hinsicht. In Warendorf ist eine dauerhafte, professionelle Betreuung der Bestände gesichert, zudem stehen hier mehrere Arbeitsplätze zur Verfügung. Warendorf garantiert auch, dass viele der Archivalien sukzessive digitalisiert werden und dann

sogar vom heimischen Computer zugänglich sein werden. Das war zwar auch in Telgte Programm, hätte aber sicher sehr viel länger gedauert. Alles in allem ist der Abschied zu begrüßen, wenn auch mit ein wenig Wehmut.

Das Kreisarchiv Warendorf befindet sich im Kreishaus an der Waldenburger Straße 2, Raum CO. 102 und kann montags bis mittwochs von 8:00 bis 12:00 Uhr und donnerstags

von 8:00 bis 16:00 Uhr besucht werden. Außerhalb dieser Zeiten können Termine telefonisch unter 02581-531041 oder per Mail unter kreisarchiv@kreis-warendorf.de vereinbart werden. Externe Anfragen sind auch möglich unter Kreisverwaltung Warendorf: Archivnutzung und Anfragen. Die Telgter Bestände sind ab dem 1. Mai dort verfügbar.

c.g.

Schnelle Fahrt nach Münster



Foto: Katja Behrendt

Kaum wiederzuerkennen: So sehen sie jetzt aus, die letzten Meter vor der Pleistermühle. Dass sich an dieser Buckelpiste mit Schlamm und Schlaglöchern etwas ändern würde, damit hatte kaum noch jemand gerechnet. Die Grüne Fraktion hatte in den letzten Jahren immer wieder darauf gedrängt,

dass diese kürzeste Radstrecke nach Münster abseits der Bundesstraße in einen besseren Zustand versetzt wird.

Nicht nur die nördliche Veloroute sollte im Blick sein (hier fehlt übrigens immer noch eine sinnvolle Ausschilderung), es braucht(e) auch eine attraktive südliche Variante.

Auf dem Telgter Stadtgebiet wurde der Weg bereits im letzten Jahr flott gemacht. Vielleicht mochte man sich in der Stadt Münster nicht die Blöße geben – ein Schild „Sie verlassen hier das Stadtgebiet Telgte“ wäre dann doch etwas peinlich gewesen. So wurde das deutlich längere Stück Richtung Münster

nach den Osterferien fertiggestellt.

Erwähnt werden muss allerdings auch, dass dieser Landschaftsstreifen nun versiegelt ist, Bäume und Büsche dafür weichen mussten. Die radelnden Pendlerinnen und Pendler freuen sich und genießen schon zahlreich den glatten Weg, aber

auch als europäischer Fernradweg wird er in diesem Zustand viele Radtouristinnen und Tourenradler begeistern. Ja, tatsächlich, der R1 von London nach Moskau bzw. Helsinki führt durch Telgte!

k.m.

Ein kulturelles Kleinod

Zum Jahresbericht der Stadtbücherei Telgte

In einem abermals sehr eindrucksvollen Jahresbericht zur Entwicklung unserer Stadtbücherei gelang es der Leiterin Stephanie Heumann ein weiteres Mal in Folge, alle Anwesenden des tagenden Ausschusses mit den gesammelten Fakten und Zahlen tief zu beeindrucken. Unsere Bücherei gehört nämlich mit allen statistisch bewertbaren Aspekten unter den Kommunen vergleichbarer Größe zu den besten – Bestandsgröße, Jahresöffnungszeiten, Ausleihzahlen. Nur bezogen auf die Ausgaben für den Betrieb unserer Bücherei schneiden wir bezeichnenderweise schlecht ab. Dort gehört unsere Bücherei zu den fünf Prozent der deutschen Bibliotheken mit den geringsten Ausgaben. Dass im Gegensatz dazu die Telgter Bücherei in den Kategorien „Besuche je Einwohner“, „Entleihen je Medium“ und „Entleihen je Mitarbeiter“ zu dem Fünftel der deutschen Bibliotheken mit den höchsten Werten gehört, lässt nur erahnen, was hier geleistet wurde und wird. Und dies alles mit fünf Teilzeitkräften im letzten Jahr, deren geleistete Arbeits-

stunden in Summe der von 2,2 Vollzeitstellen entsprechen.

Im Bericht heißt es weiter, dass dieser Erfolg ganz offensichtlich nur dank des sehr großen persönlichen Einsatzes aller Mitarbeiterinnen möglich ist. Die zuletzt ausgesprochenen klaren Worte von Stephanie Heumann müssen wir deshalb dringend und warnend im Ohr behalten: Unsere „erfolgreiche Stadtbücherei Telgte ist klar unterbesetzt“. Es wäre an der Zeit, den dort hingebungsvoll Arbeitenden zukünftig die entsprechenden finanziellen Bedingungen zu bieten, die sie längst schon verdient hätten. Als Stadt Telgte haben wir als Arbeitgeberin auch eine Fürsorgepflicht unseren Beschäftigten gegenüber und sollten dafür Sorge tragen, dass alle in Gesundheit ihre Aufgaben erfüllen können. Und wie besonders ist es auch zu bewerten, dass wir alle in einer Stadt leben dürfen, deren EinwohnerInnen dieses kulturelle Kleinod – eine eigene Bücherei – zu schätzen und immer mehr zu nutzen wissen.

t.s.

Update: Carsharing

Kreis Warendorf - es geht voran

In unserer vorletzten Ausgabe von Dat Pöggskén berichteten wir über ein geplantes kreisweites Carsharing-Angebot, das ab Juli an den Start gehen sollte.

Inzwischen werden die Ausschreibungsunterlagen vorbereitet, die Anfang Mai 2024 veröffentlicht werden. Damit sind wir ein wenig hinter dem ursprünglichen Zeitplan, sodass

jetzt mit einem Start im Herbst dieses Jahres gerechnet werden darf. Einen verbindlichen Termin kann es aber erst nach Ende der Ausschreibung geben.

Aber Vorfreude ist ja bekanntermaßen ohnehin die schönste Freude.

p.s.

Bringt sie die Wende?

Verkehrszählung der Initiative Zukunft Westbevern JETZT!



NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer (rechts) und Manfred Ransmann (Straßen NRW) beim Ortstermin im Dorf Foto: c.g.

Die Situation ist altbekannt: Alle Versuche, die Verkehrssituation im Dorf zu verbessern, wurden bislang vom Kreis und Landesbetrieb Straßen.NRW abgeblockt. Sperrung für Schwerlastverkehr, Nachtfahrverbot, Mautstrecke, Geschwindigkeitsbegrenzung im Ort, alles wurde abgelehnt, weil die Straße den Durchgangsverkehr aufnehmen müsse, unabhängig davon, was das für die Anwohner*innen bedeute. Dabei wurde auch auf eine Verkehrszählung des Landesbetriebs verwiesen, nach der die Verkehrsbelastung zu gering sei, um Maßnahmen ergreifen zu müssen. Lediglich etwa 5.000 PKW und 500 Lastwagen würden die L 588 (Grevener Straße) bzw. 6.900 PKW/500 Lastwagen die L 811 (Lengericher Straße) täglich frequentieren.

Das kam den Mitgliedern der Initiative Zukunft Westbevern JETZT doch seltsam vor. Sie führten daher eine eigene Zählung durch, indem sie im März 2021 drei Kameras an der Kreuzung bei Nosthoff installierten, die automatisch alle Kraftfahrzeuge erfassen, die die Kreuzung passieren. Und siehe da: Trotz Corona waren

die Zahlen deutlich höher als die von Straßen.NRW. Jetzt waren es auf einmal fast 11.000 PKW und 1.400 LKW, die sich werktags durch den Ort quälten (nachzulesen unter Fakten – Zukunft-Westbevern JETZT). Ob es die neuen Zahlen waren oder die freundliche Einladung von Wolfgang Pieper: Am 10. Januar kam NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) zu einem Ortstermin ins Dorf, für Straßen.NRW nahm der Leiter der Niederlassung Coesfeld, Manfred Ransmann, teil. Etwa 40 Anwohner*innen, Mitglieder der Initiative, des Westbevrer Krinks und der Parteien (glücklicherweise ziehen hier alle an einem Strang) begleiteten den Bürgermeister. Wie bestellt lieferten sich dann auch mehrere LKW Rangierkunststücke an der Kreuzung – Krischer war beeindruckt. Im Anschluss traf man sich am Dorfspeicher zur Diskussion. Dem geforderten Durchfahrtsverbot für LKW erteilten Krischer und Ransmann leider gleich eine Absage, das sei nicht möglich. In einigen Teilbereichen gibt es aber vielleicht doch Bewegung: Zum einen

seien die Kriterien für Tempo 30 aus Lärmschutzgründen abgesenkt, sodass eher Chancen für ein Tempolimit auf der Lengericher Straße bestünden. Für ein dafür erforderliches Gutachten sicherten sie ihre Unterstützung zu. Auch sollte die Beschilderung bei Osthues-Brandhove und am Schiffahrter Damm in Münster geprüft und ggf. geändert werden, die bis jetzt diese Route zur A1 bei Greven weisen. Spätestens wenn die Umgehung in Münster fertig ist, sollte das Geschichte sein.

Hauptansatz ist aber, dass sie einem Verkehrsversuch zustimmten, an der Kreuzung für einige Monate eine Ampel zu installieren, die den Kreuzungsverkehr regelt und Begegnungsverkehr bei Nosthoff ausschließt. Hiermit soll getestet werden, ob das die Lösung bringt oder – wie manche befürchten – nur noch mehr Stau im Dorf verursacht (Wir hatten das auch schon 2023 beantragt). Nicht alle Wünsche wurden erfüllt, aber zumindest war zu spüren, dass akzeptiert wurde, dass hier ein Problem einer Lösung bedarf.

c.g.

Möbel für Anspruchsvolle

Innenausbau
Bau- und
Möbeltischlerei

Andreas Fiege

Beratung • Planung • Fertigung • Montage

- Exklusiver Innenausbau
- Einbaumöbel
- Fenster und Türen
- Massivholzmöbel
- Küchen- und Badmöbel
- Schiebetürsysteme
- Restaurierung
- Sonderanfertigungen

Verth 5 • 48291 Telgte
☎ 0 25 04/71 42 • Fax 0 25 04/7 27 89

Sportlicher E-Tourer*
E-8X TOUR PLUS

*180 kg Gewichtsfreigabe

BOSCH

ZWEIRAD **ROSS**

Schürenstraße 7-9
Sassenberg

zweirad-ross.de

Wasser marsch!

Westbevern hat ein neues Feuerwehrgerätehaus



Foto: Anja Weilligmann

Die offizielle Einweihung des neuen Feuerwehrgerätehauses in Westbevern war für Samstag, 20. April, um 16 Uhr angesetzt. Getreu dem Feuerwehrmotto „Wasser marsch!“ öffnete der Himmel kurz vorher seine Schleusen und hinderte zahlreiche Gäste mit einem kräftigen Graupelschauer am pünktlichen Eintreffen vor Ort. Auch Propst Langenfeld war vor einem nassen Malheur nicht

gefeht, wie er in seiner Ansprache zur Einsegnung erzählte, als er auf dem Hinweg kurz bremsen musste und dabei einen Teil des Weihwassers verschüttete. Aber Westbevern wäre nicht Westbevern, und Feuerwehr wäre nicht Feuerwehr, wenn nicht tatkräftig am Bierstand ausgeholfen worden wäre. Mit Wasser versteht sich. Das Gerücht, dass das aufgefüllte Weihwasser mit einem Spritzer Bier versetzt war,

hält sich dennoch hartnäckig.

So oder so ist den Feuerwehrleuten, die nun endlich ihre neue Heimat beziehen konnten, zu wünschen, dass sie sowohl immer genug Wasser zur Verfügung haben, um Brandherde zu löschen, aber auch genug Bier, um nach getaner Arbeit für unser aller Wohl in geselliger Runde zusammensitzen und Eindrücke zu verarbeiten.

Das neue Gebäude ist nicht

nur eine wesentliche Verbesserung für die Einsatzkräfte, sondern auch ein bedeutsamer Gewinn für die gesamte Stadt Telgte. Das alte Gerätehaus konnte den Anforderungen der heutigen Zeit schon lange nicht mehr gerecht werden, insbesondere was die Unterbringung moderner Löschfahrzeuge und technischer Ausrüstungen angeht, aber auch an genügend Parkplätzen und Gesellschafts-

räumen für die Freiwilligen mangelte es. All das und viel mehr ist nun vorhanden.

Bei aller Begeisterung für Innovationen und Neuerungen ist den Feuerwehrleuten – und uns allen – zu wünschen, dass all die Technik und Ausrüstung möglichst wenig zum Einsatz kommen werden.

Danke, dass ihr da seid!

a.w.

Kontinuität und Wandel

Kultur in Telgte

Sehr beeindruckend war die Präsentation des Rück- und Ausblicks auf das Telgter Kulturprogramm im Schul- und Kulturausschuss am 21. März 2024 durch Annika Becker – ein Beleg für die engagierte und sehr versierte Arbeit im Bereich Kultur und Tourismus. Sie begnügte sich nicht nur damit, uns einen Überblick über vergangene Veranstaltungen der letzten Monate zu geben, sondern ließ uns auch an ihrem sehr konstruktiv-kritischen Blick auf die Kulturlandschaft Telgtes teilhaben.

In der Sitzungsvorlage fanden wir zwar viel Vertrautes und Gutbewährtes, Annika Becker ließ aber keinen Zweifel daran, dass es in einigen Bereichen Anpassungsbedarf gibt. Eines der heißen Themen ist die Anpassung der Eintrittspreise in allen

Kategorien (Kartenvorverkauf, Abendkasse, Abonnements einschließlich Ermäßigungen). Sie habe in den vergangenen Monaten vielfach aufwendig mit den Künstlerinnen und Künstlern Honorarverhandlungen geführt, die seitens der Kreativen durchaus berechtigt sind. Somit ist es eine logische Konsequenz, dass Eintrittspreise angepasst und damit leicht erhöht werden mussten.

Das Thema „Kultur-Abo“ ist ebenfalls zurecht schon seit vielen Jahren in der Kritik, da der Bedarf viel höher ist, als es Abonnements gibt. Und jede, die sich glücklich schätzen kann, eines der begehrten Kultur-Abonnements in den letzten Jahren ergattert zu haben, gibt es freiwillig nicht wieder her! Becker sprach von jahrelangen

Wartelisten, die es zu prüfen und zu aktualisieren galt. Ein weiteres Indiz dafür, wie sehr die Arbeit des städtischen Kulturamts von der Bevölkerung wertgeschätzt und angenommen wird. Dennoch wird die Laufzeit künftig auf fünf Jahre begrenzt, und damit wird es möglich, den Kreis der regelmäßig an Kulturveranstaltungen Interessierten zu erweitern.

Trotz der neuen Preise ist Telgte im Vergleich zu anderen Kommunen eher günstig, ohne an der Qualität der Angebote einzubüßen. Beim Spektrum der Angebote bezüglich der Zielgruppen hingegen, so Annika Becker, müsste man zurzeit noch den mehrheitlichen Interessen der Abonent*innen folgen, habe aber durchaus den Plan, beispielsweise für Kinder

als jüngstes Publikum sowie Jugendliche offensiver Veranstaltungen anzubieten. Sie sind das Publikum von morgen und haben das Recht auf für sie zugeschnittene Angebote. Auch deshalb trägt die Stadt seit vielen Jahren schon die ermäßigten Eintrittspreise für Kinder und Jugendliche mit.

Für „Nischenkultur“ mit ihren eventuell kleineren Interessentengruppen und vergleichsweise wenigen Buchungen ist derzeit das Budget im Kulturbereich zu gering, um diese mit tragen zu können. Es läuft dennoch gut – mithilfe von Sponsor*innen und Fördergeldern und unterstützt durch Kooperationen.

Wen die Details genauer interessieren, kann wie immer gern das Bürgerportal der Internetseite

der Stadt Telgte aufrufen und dort die Sitzungsvorlagen zum Schul- und Kulturausschuss vom 21. März 2024 einsehen. Eine Möglichkeit, die es übrigens zu allen öffentlich stattfindenden Sitzungen im Rathaus gibt – für die ganz Neugierigen unter uns eine wichtige Informationsquelle.

Ach, fast hätte ich es vergessen: Annika Becker hat sich auch an die Neugestaltung des gedruckten Kulturspiegels gewagt. Und mit großem Erfolg, wie ich persönlich finde. Eine Kostprobe bekamen wir zum Ende ihrer Ausführungen. Der „Neue“ ist übersichtlicher, klarer in der Farbgebung, insgesamt sehr gelungen. Aber sehr demnächst einfach selbst!

t.s.

Beton statt Holz

Bauliche Entwicklung an der Marienschule

Im Januar wurde im Bauausschuss der in der Fläche um 20 Prozent reduzierte und angepasste Entwurf zur baulichen Entwicklung an der Marienschule präsentiert. Nötig wurde dies, da die Kosten deutlich über dem Plan lagen. Auch nach der Reduzierung sprechen wir noch

immer von einer Summe von rund 14 Millionen Euro.

Was bedeutet das für die Marienschule? Die gute Nachricht: Alle Fraktionen haben sich für den Ausbau als „Clusterschule“ ausgesprochen, die dem zukunfts-fähigen pädagogischen Konzept entspricht. Dies kann

mit der neuen Planung weitgehend umgesetzt werden. Auch dass der Altbau komplett genutzt und einbezogen wird, ist nachhaltig und gut.

Angesichts der immens hohen Summe ist klar, dass bei der weiteren Planung noch nach Einsparungen gesucht werden

muss.

Was wir als Grüne Fraktion allerdings für völlig falsch halten, ist die Ablehnung der anderen Fraktionen, die Holzständerbauweise und deren Kosten und die CO₂-Auswirkungen mit zu prüfen. Abgetan wurde dies mit einer Pauschalaussage,

dass es zehn Prozent teurer sei.

Unsere Kinder müssen die Kosten für den Umbau tragen, die Folgen des Klimawandels und dessen Kosten aber auch ...

s.g.

Meine erste Artenschutzkonferenz

An einem Samstagmorgen im März machte ich mich auf den Weg nach Hilstrup, um dort bei der 10. Grünen Artenschutzkonferenz der Münsterlandkreisverbände unter dem Titel „Lebensräume sichern: Mehr Platz für den Artenschutz“ dabei zu sein. Da die Vorträge erst um 11 Uhr anfangen, blieb noch etwas Zeit zum Flanieren in der Hilstruper Stadthalle. Verschiedene Organisationen hatten Informationsstände aufgebaut und es ließen sich allerlei interessante Dinge erfahren. Eines meiner Highlights: Imker Josef war ebenfalls da und hatte viele regionale Setzlinge und Sämereien dabei, mit denen man auch auf dem Balkon oder im Garten etwas für Artenvielfalt und mehr Biodiversität tun kann. Durch das Programm der Konferenz führte sehr souverän die Journalistin und Autorin Dr. Tanja Busse. Nach den Grußworten von unserem ehemaligen Landesumweltminister Johannes Remmel und dem Hilstruper Bürgermeister Wilfried Stein machte die ZEIT-Journalistin Christiane Grefe als Keynote-Speakerin den Auftakt mit einem Thema, das im Zentrum ihres neuen Buches „Der Grund“ steht: unser Boden. Wir alle haben in der „Sendung mit der Maus“ und „Löwenzahn“ gelernt, dass in einer Handvoll Erde mehr Bodenorganismen leben können als Menschen auf der Welt. Passender könnte also ein Vortrag zu Artenvielfalt und Biodiversität gar nicht sein. Christiane Grefe mahnte völlig zu Recht, wie sträflich wir den Boden vernachlässigen, ja sogar massiv schädigen.

Jutta Paulus, Abgeordnete des Europäischen Parlaments, betonte im folgenden Vortrag die Bedeutung der Artenvielfalt für unser Überleben. In verschiedenen Szenarien machte sie deutlich, dass wir noch längst nicht alarmiert genug sind und der Artenschutz auf politischer Ebene bei jeder Entscheidung berücksichtigt werden muss, wenn wir unsere Lebensgrund-

lagen auch für zukünftige Generationen bewahren wollen.

Dr. Raphael Weyland ist Leiter des NABU-Büros in Brüssel und nahm das Publikum in seiner Rede mit auf eine Tour durch die europäischen Institutionen und EU-Gesetzgebungsverfahren. Es war leider ernüchternd zu hören, wie im-

Forderungen zum Artenschutz in NRW von Dr. Volkhard Wille und mit Beispielen aus der Praxis. Die Biologische Station des Kreises Steinfurt zeigte am Beispiel der Stadt Mettingen auf, wie Artenschutz im ländlichen Raum erfolgreich sein kann. Katja Behrendt in ihrer Funktion als Pressesprecherin

fragen scheinen das Projekt auf unbestimmte Zeit zu verzögern.

Zum Abschluss der Veranstaltung kamen auf der Bühne Dr. Jan-Niclas Gesenhues (MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im BMUV), Peter Gräßler (Naturschutz- und Biodiversitätsberater der Landwirtschaftskammer NRW), Norwich Rüsse-

terher wirklich bewusst wurde: der Elefant. Genauer gesagt: der Elefant im Raum ...

Zu Beginn und auch immer wieder während der Konferenz wurde natürlich völlig richtig festgestellt, dass die uns allen zur Verfügung stehenden Flächen begrenzt sind. Wie ein Kuchen, den man nicht einfach größer machen kann, wenn mehr Menschen etwas davon abhaben möchten, können auch Flächen nicht magisch vergrößert werden. Soll es mehr Siedlungsraum sein oder mehr Platz für Industrie, mehr Anbau- und Weideflächen für die Landwirtschaft oder mehr Brachflächen für Biotop? Was wir der einen Gruppe zugestehen, nehmen wir an anderer Stelle weg.

Ein großer Teil der landwirtschaftlichen Flächen – nicht nur in NRW und in Deutschland – wird für den Futtermittelanbau verwendet. Futtermittel, die in der Vieh- und Massentierhaltung benötigt werden.

Hin und wieder ein paar Milchkühe auf einer Weide zu halten, kann sicher eine gute Idee sein, wird aber leider für die Biodiversität keinen großen Unterschied machen. Die Nutztierhaltung insgesamt zu reduzieren, aber um so mehr. Artenschutz und Klimaschutz passen zusammen, wir müssen es aber auch wollen.

Warum hat niemand der Anwesenden auf dem Podium und im Publikum (zugegeben, mich eingeschlossen) darauf hingewiesen? Warum enthält die Resolution dieser Grünen Artenschutzkonferenz keinen Aufruf zu weniger Fleisch- und Milchkonsum und damit zu weniger (Massen-)Tierhaltung?

Mein Fazit: Die Artenschutzkonferenz 2024 war eine gute, gelungene Veranstaltung mit tollen Redner:innen, mit vielen wichtigen Informationen und Impulsen. Im nächsten Jahr werde ich versuchen, wieder teilzunehmen. Und dann werde ich vorbereitet sein :grins:

c.s.



Foto: Anja Weilligmann

mer wieder kleinste Fortschritte beim Artenschutz durch Parteipolitik und ökonomische Interessen zunichtegemacht werden. Raphael Weyland wurde jedoch nicht müde zu betonen, dass wir endlich mehr fordern müssen und uns nicht auf Kompromisse einlassen dürfen, die den Artenschutz schwächen. Drei oder vier Prozent Brachflächen? Nein, die richtige Forderung müsse zehn Prozent sein – damit allen Beteiligten endlich klar wird, wie wichtig diese Flächen für den Erhalt der Artenvielfalt und damit für uns alle sind. Nach einer Podiumsdiskussion mit Gelegenheit für Fragen aus dem Publikum und einer Mittagspause ging es im Nachmittags- teil der Konferenz weiter mit

im DBU Naturerbe und Thomas Zimmermann vom Naturschutzzentrum Kreis Coesfeld stellten das ehemalige Truppenübungs Gelände „Borkenberge“ bei Haltern vor und erläuterten die Chance, dort eine bis zu 500 Hektar große Weide extensiv mit großen Weidetieren zu bewirtschaften. Auf diese Weise kann es gelingen, in weitläufigen Gebieten fast verlorene Biodiversität wiederherzustellen und zu bewahren. Wann es aber nun tatsächlich in Westfalen einen „Wilden Westen“ geben wird, war auch nach den Vorträgen noch unklar, die ursprünglichen Planungen sind offenbar schon lange nicht mehr realistisch. Bürokratie und Verwaltungsaufwand sowie Finanzierungs-

(MdL NRW und Sprecher für Landwirtschaft, Tierschutz und Verbraucherschutz) und Kristian Lilje (NABU-Naturschutzstation Münsterland) für eine Podiumsdiskussion zusammen. Moderiert von Dr. Tanja Busse konnte das Publikum Fragen stellen, die zum Teil sehr konkret, manchmal aber auch eher ausweichend beantwortet wurden. Vor allem beim Thema Agri-Photovoltaik wurde leider deutlich, dass es auch innerhalb der Grünen offenbar einen Dissens zwischen Klimaschutz und Artenschutz gibt. Und an dieser Stelle, kurz vor dem Verlesen der gemeinsamen Abschlussresolution, begegnete mir das größte Tier dieser Artenschutzkonferenz – nur dass es mir erst hin-

"Imker Josef"
Josef Berkemeyer und Sohn produzieren und verkaufen heimische und regionale Wildpflanzen und Saatgut in einer Gärtnerei in Emsdetten. Über Honigbienen kam Josef Berkemeyer schnell zu den gefährdeten Wildbienen, deren Haltung um einiges anspruchsvoller ist. Es war also eine logische Konsequenz, dass er seine ursprünglich konventionelle Gärtnerei mit Gewächshäusern und Flächen für heimische Wildblumen freiräumte und inzwischen einer der wenigen Produzenten in unserer Nähe ist, die auch online versenden.

Rechnen wir gemeinsam:

weniger (Massen-) Tierhaltung = weniger Fläche für Futtermittel nötig = mehr Flächen für den Artenschutz möglich.

Und:

weniger (Massen-) Tierhaltung = weniger CO₂ und Methan = besser für unser Klima.

Energieweide light

Telgtes erster Solarpark

Auf einer circa 13 Hektar großen Fläche in der Bauerschaft Wöste soll parallel zur Bahnstrecke eine Freiflächen-Photovoltaikanlage entstehen. Der sogenannte „Solarpark Wöste“ könnte maßgeblich dazu beitragen, dass die Stadt Telgte dem Erreichen ihrer selbst gesteckten Klimaschutzziele ein großes Stück näherkommt. Momentan decken erneuerbare Energien rund 53 Prozent des verbrauchten Stroms in Telgte ab. Mit dem geplanten neuen Windrad bei Fockenbrock und der Flächen-PV-Anlage könnte sich der Anteil erneuerbarer Energien auf rund 80 Prozent erhöhen.

Als Grüne befürworten wir den Ausbau von Solar- und

Windkraftanlagen und freuen uns, dass wir in Nordrhein-Westfalen richtig Tempo machen: Ein Drittel der bundesweiten Genehmigungen von Windrädern kommt aus unserem Bundesland. Die Energiewende ist im vollen Gang, und NRW hat mit unserer grünen Wirtschaftsministerin Mona Neubaur den Spitzenplatz unter den Bundesländern eingenommen.

Doch Klimaschutz und der Schutz der Artenvielfalt sollten zusammen betrachtet werden. Diese Doppelkrise hat es in sich, denn sie bedroht unsere Lebensgrundlage. Wir müssen Sorge dafür tragen, dass wir das weltweite Artensterben auch bei

uns vor der eigenen Haustür in den Griff bekommen. Auf dem Weg weg von fossiler Energie darf landwirtschaftliche Fläche wie an der Wöste nicht vor-schnell „verbaut“ werden, ohne mögliche Doppelnutzungen im Sinne der biologischen Vielfalt und der Versorgungssicherheit vorab zu prüfen. Im jüngsten Klimaausschuss haben wir daher einen Antrag gestellt, um die aktuell in Bearbeitung stehenden Cluster für Flächen-PV-Anlagen in Telgte auf ihre Eignung für eine Doppelnutzung als Energieweide oder als Agri-Photovoltaik-Fläche zu prüfen und mögliche Initiatoren entsprechend zu beraten.

Mit Weide-Energie wird

der beschleunigte Ausbau von Freiflächen-Photovoltaik mit der Errichtung von extensiven Ganzjahres-Weidelandschaften als Hotspots der Artenvielfalt verknüpft. Ein Teil der Fläche, die als extensive Ganzjahres-Weidelandschaft eingerichtet wird, wird dabei mit aufgeständerten Freiflächen-PV bestückt. Unter den Anlagen können Weidetiere weiterhin grasen und Lebensräume entwickeln. Extensive Weidelandschaften gerade mit großen Weidetieren dienen im besonderen Maße der biologischen Vielfalt. Alternativ, wenn auch weniger entscheidend für den Schutz der biologischen Vielfalt, kombiniert eine Agri-Photovoltaikanlage

Landwirtschaft mit regenerativer Stromerzeugung. Hierfür werden Solarmodule zur Stromgewinnung so über und zwischen landwirtschaftlichen Flächen errichtet, dass diese weiterhin bewirtschaftet werden können.

Die Planerinnen und Planer des „Solarpark Wöste“ haben die Beratung der Stadtverwaltung dahingehend aufgegriffen, dass zukünftig unter den PV-Modulen die Beweidung mit Schafen möglich gemacht wird. Wir werfen das als ersten Schritt in die richtige Richtung.

k.b.



Eine extensive Beweidung mit Schafen kann der biologischen Vielfalt unter die Arme greifen. Foto: Adobe Stock

Solarpark Wöste

Neben dem St. Rochus soll in Richtung Münster direkt neben der Bahnlinie ein großer Solarpark entstehen. Auf der insgesamt 13,24 Hektar großen Fläche werden 73.600 Quadratmeter Solarfläche geplant. Die Anlage hat eine Leistung von 15,5 MWp (gesprochen: Megawattpeak), sie kann also bei optimaler Sonneneinstrahlung maximal 15,5 MWh Strom pro Stunde erzeugen. Das ist so viel wie drei große Windräder bei Vollast. Wow! Gerechnet wird mit einer Ausbeute von 15.000 MWh pro Jahr, das entspricht dem Stromverbrauch von 3.300 Vier-Personen-Haushalten.

Die planungsrechtlichen Voraussetzungen sind auf den Weg gebracht, der Abnahmepunkt für den Strom ist zugesagt. Das Projekt profitiert von einer Gesetzesänderung der Ampel,

durch die Flächen-PV-Anlagen an Bahntrassen leicht genehmigt werden können. Klingt schon mal nach Energiewende.

Ein Clou der Anlage ist aber auch, dass sie aufgeständert wird, sodass die Fläche darunter extensiv weiter bewirtschaftet werden kann. Im Gespräch ist eine Beweidung durch Schafe. Das würde bedeuten, dass die Fläche nicht nur der Energiewende, sondern auch dem Artenschutz dient. Stichwort: Energieweide. Auch bei einfacher Nutzung als Grünland mit regelmäßiger Mahd wäre die ökologische Aufwertung im Vergleich zu der jetzigen Nutzung als Ackerfläche so hoch, dass keine weiteren Ausgleichsmaßnahmen für die Bebauung nötig sind. Bei einer Beweidung durch Schafe kann durch die gleichmäßige Begrasung und

die Hinterlassenschaften der Tiere ein echter Hotspot für den Artenschutz entstehen. Das Gelände wird durch einen Zaun gegen Diebstahl gesichert, bleibt aber durch Öffnungen im unteren Bereich für kleine Wildtiere durchgängig. Der Betreiber, die „ON Energy GmbH“ aus Dortmund, ist kein unsichtbarer Riese, sondern ein mittelständisches Unternehmen und mit der Telgter Bürgerenergie über eine Beteiligung im Gespräch – wo ist der Haken?

Eine höhere Aufständigung hätte eine Beweidung durch Rinder ermöglicht, was laut den Naturschutzverbänden die optimale Variante für Energieweiden ist. Dazu müssten die Ständer aber nicht nur höher, sondern auch wesentlich kräftiger sein, weil die Tiere sich daran gerne schubbern und so eine Kuh ist

schon ein echtes Rindvieh. Das wäre wesentlich teurer geworden und so haben sich die Planer und die Verwaltung auf Schafe geeinigt.

Und die wirklich große Fläche wird natürlich der Landwirtschaft entzogen. Aber wer

Telgte bis 2040 klimaneutral machen will, wie vom Telgter Rat beschlossen, muss nicht nur die Lippen spitzen, sondern irgendwann auch pfeifen.

g.k.



Die Gaststätte mit großem Biergarten direkt am Emsauenweg!

Im wilden Mann

Inh. Fam. Brandes
Emsstraße 25 – Tel. 02504/6600
oder 01 71/692 3490

Kaminzimmer
bis 30 Personen
Di.-Fr. 17.00-1.00 Uhr
Sonn- + feiertags
ab 11.00 Uhr
Frühschoppen
Montag Ruhetag

Freier fließende Flüsse

Renaturierungen rücken in den Fokus

Wer an vergangene Weihnachten denkt, hat schnell die Bilder vom Ems-Hochwasser vor Augen. Extremwetterereignisse wie Hitzewellen, Dürre, Starkregen oder Hochwasser werden im Zuge des Klimawandels zunehmen.

Die Situation hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig gerade dann natürliche Retentionsräume, also Ausweichräume für Flüsse sind: Der Wasserabfluss verlangsamt sich, Abflussspitzen werden gedämpft und Teilwellen zeitlich entzerrt. Durch natürlichen Hochwasserschutz werden flussabwärts liegende Wohngebiete entlastet und so Schäden an Gebäuden und Infrastruktur vermieden. Indem Gewässer renaturiert werden, können sie dem Klimawandel besser standhalten, ihre Ökosysteme wiederherstellen und einen wichtigen Beitrag zur biologischen Vielfalt leisten – gute Gründe, um sich auch in Telgte darum zu kümmern, dass unsere Flüsse renaturiert werden.

Doch 90 Prozent der deutschen Flüsse und Bäche sind über weite Strecken begradigt, eingengt, verrohrt oder von Bauwerken unterbrochen. Auch der Zustand der Fließgewässer im Stadtgebiet Telgte ist nach Aussage des Wasser- und Bodenverbands noch schlecht und „klar steigerungsfähig“. Um Renaturierungen von geeigneten Flussabschnitten in Bever, Frankenbach, Gellenbach, Kreuzbach und Maarbecke im Sinne der europäischen Wasserrahmenrichtlinie zu planen, haben wir Mittel in Höhe von 10.000 Euro zusammen mit den Stimmen der CDU in den Haushalt eingestellt. Da die Bezirksregierung für die Ems zuständig ist, haben wir die Stadtverwaltung beauftragt, von der Behörde einen Überblick über mögliche weitere Renaturierungsmaßnahmen im Bereich der Stadt Telgte sowie über konkrete Planungen anzufordern.

k.b.



Die Renaturierung von Flussabschnitten dient dem Hochwasserschutz sowie dem Schutz der biologischen Vielfalt. Foto: Marcus Behrendt

Natur gegen Asphalt

Ausbau der Wege und Straßen in den Klatenbergern

Eine besondere Überraschung für die Bewohnerinnen und Bewohner der Klatenberge enthielt die Tagesordnung des Bau- und Planungsausschusses am 23. November 2023: Die Verwaltung wollte von der Politik wissen, ob die Straßen Eichenweg, Waldweg und Klatenbergweg „endausgebaut“ werden sollen.

Hintergrund dieses Vorschlags sind die zum Teil großen Schäden, insbesondere auf einem Teil des Waldwegs, die zu Beschwerden von Besucher*innen und einigen Anlieger*innen geführt haben. Die Verwaltung führte weiterhin die regelmäßig notwendigen Ausbesserungsarbeiten

zur Beseitigung der größten Unebenheiten und Schlaglöcher an. Bei den meisten Anliegerinnen und Anliegern stieß der Vorschlag dagegen auf wenig Gegenliebe. Die betroffenen Straßen und Wege sind überwiegend von großen Bäumen eng umstellt, an denen erhebliche Schäden befürchtet werden, wenn die für eine Befestigung der Wege notwendigen Erdarbeiten durchgeführt werden. Bestärkt werden diese Befürchtung auch durch die Vorgabe unserer städtischen Baumschutzsatzung, in der Asphaltierungs- und Pflasterarbeiten innerhalb des Bereichs der Baumkronen

untersagt sind. Zusammen mit dem zunehmenden Stress durch Klimawandel und andere Umwelteinflüsse sind große Schäden am Baumbestand kaum zu vermeiden. Die Unebenheiten der Straßen sehen viele zudem eher als willkommene Maßnahme zur Reduzierung der Geschwindigkeit denn als Einschränkung ihres Fahrkomforts. Ein Ausbau der Straßen würde unvermeidlich höhere Geschwindigkeiten der durchfahrenden Fahrzeuge und damit eine stärkere Gefährdung der dort häufig spielenden Kinder sowie anderer Fußgänger*innen zur Folge haben. Schließlich

sind auch die Kosten für die Maßnahmen nicht unerheblich. Erste Schätzungen gehen von rund 1,4 Millionen Euro aus, von denen die Stadt 400.000 Euro trägt. Den Löwenanteil von einer Million Euro teilen sich die Anlieger*innen der Straßen. Beide Parteien, sowohl die Stadt als auch viele der Anlieger*innen, sind dabei keineswegs finanziell auf Rosen gebettet. Die Stadt hat zurzeit erhebliche Investitionen zu bewältigen, und auch die Anlieger*innen stehen teilweise vor großen Belastungen, etwa zur energetischen Sanierung ihrer zum Teil betagten Häu-

ser. Angesichts der schwierigen Gemengelage einigten sich die Parteien im Ausschuss auf den eher schwammigen Kompromiss, die Verwaltung mit einer Planung zu beauftragen, um dann auf Basis der Ergebnisse die Sache weiter zu erörtern. Die grundlegenden Aspekte und damit Konflikte werden sich angesichts der räumlichen Gegebenheiten jedoch kaum ändern.

Die Verwaltung hat zugesagt, die Anlieger*innen zu informieren, sobald erste Ergebnisse dieser Planung vorliegen.

p.s.

Kommunale Beteiligung an Windkraftanlagen

Zur Erhöhung der Akzeptanz von Windkraftanlagen (WKA) und Freiflächenanlagen hat das Land festgelegt, dass die von den Anlagen betroffenen Kommunen an den Erträgen finanziell zu beteiligen sind. Betroffene Kommunen sind solche, auf deren Gebiet die Anlage errichtet wird, aber auch Kommunen, deren Gebiet sich in einem Umkreis von 2,5 Kilometern um die Anlage herum befindet. Sind mehrere Kommunen betroffen, so hat die Beteiligung anteilig nach der Größe der betroffenen

Gemeindefläche zu erfolgen.

Nachdem das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) § 6 noch von einer Soll-Bestimmung spricht, verpflichtet das 2024 in Kraft tretende Bürgerenergiegesetz jetzt Betreiber von Windkraftanlagen, die betroffenen Gemeinden angemessen zu beteiligen. Findet keine angemessene Beteiligung statt, so kommt eine Ersatzbeteiligung zum Tragen, die der Betreiber den Kommunen anbieten muss. Hier erhalten die Kommunen 0,2 Cent pro Kilowattstunde

über einen Zeitraum von 20 Jahren. Im Gesetz ist auch geregelt, welche Anlagen von dieser Regelung betroffen sind. So fallen beispielsweise Anlagen, die überwiegend dem Eigenbedarf dienen, nicht darunter.

Die Stadt Telgte hat in ihrem Haushalt 2024 erstmalig einen Betrag von 10.000 Euro eingestellt. Für die folgenden Jahre sind 50.000 Euro (2025) bzw. 100.000 Euro (2026) eingeplant.

p.s.

Röwekamp & Stumpe

Tischler-Meisterbetrieb
Handel mit ökologischen Baustoffen

Handwerk
Am Roestruper Bahnhof 36 in Telgte

Handel/Ladengeschäft
Wareндorfer Straße 38 in Münster

www.roewekamp-stumpe.de

Älter werden in Telgte

Am 11.04.24 fand der Runde Tisch „Älter werden in Telgte“ im Rathaus statt. Erstmals waren neben Organisationen wie Krankenhäusern, Altenheimen, Malteser, Kreis Warendorf und vielen anderen auch Bürger*innen aus Telgte eingeladen.

Der Malteser Hilfsdienst Warendorf stellte den Besuchsdienst vor. Dort besuchen im Moment etwa 10 Ehrenamtliche jede Woche Personen, die alleine leben und gerne mal Besuch bekommen möchten.

Die Ehrenamtlichen lesen den Alleinstehenden etwas vor, gehen spazieren oder auch mal einen Kaffee trinken. Die Stadt Telgte und die Kirchengemeinde St. Marien würden den Dienst auch gerne wieder in Telgte etablieren. Unter dem Motto „DU UND ICH“ können sich Ehrenamtliche und Menschen, die den Dienst in Anspruch nehmen möchten, an das Pfarrbüro am Kardinal-von-Galen-Platz 9 in Telgte wenden. Zusätzlich gibt es auch

die Überlegung, „Erzählfreundschaften“ ins Leben zu rufen – da gehen die Ehrenamtlichen nicht zu dem Bürger oder der Bürgerin hin, sondern rufen sie an, um dort über Themen wie Garten, Politik, Wetter usw. zu sprechen, spätere Treffen nicht ausgeschlossen. Frau Santos Saez von der Stadt Telgte informierte auch über die bevorstehende Gesundheitswoche Fit und gesund im Alter in Ostbevern und Telgte, die vom 15.04.24 bis zum 26.04.24 stattfindet.

Es gibt verschiedene Angebote wie z.B. Demenzparcours, After-Workshop-Radtour, mehrere Vorträge über gesundes Altern, ausgewogene und nachhaltige Ernährung, seelische und mentale Gesundheit.

Im 2. Halbjahr soll es einen weiteren Runden Tisch geben, dort geht es dann um Mobilität, Sport und Bewegung im Alter, der genaue Termin wird noch bekannt gegeben.

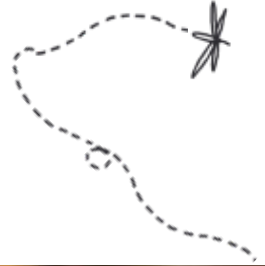
s.ho.

Ansprechpartner*innen:

Ostbevern
Verena Speicher 02532/8219

Telgte
Frauke Santos Saez 02504/13241

Flyer liegen bei Ärzt*innen, Apotheken und in der Stadttouristik aus.



Bauernhofkita Hummelwiese

Ein besonderer Bildungsort für Kinder



Foto: KiTa Hummelwiese

Die Betreuungssituation im kommenden Kindergartenjahr ab Sommer 2024 hat im Vorfeld weniger Sorgen verursacht als in den Jahren zuvor. Der Engpass in Westbevern kann dadurch aufgefangen werden, dass die Kirchengemeinde St. Marien mit einem größeren Zuschuss der Stadt Telgte für einen Umbau schon in diesem Kindergartenjahr eine Gruppe mehr eingerichtet hat.

Ein neues und besonderes Betreuungsangebot entsteht aktuell durch den Bauernhofkindergarten Hummelwiese zwischen Telgte und Einen. Auf dem Hofgelände des Hofes Tieskötter planen schon seit mehreren Jahren

die zukünftigen Erzieherinnen, die Hofbewohner*innen und viele weitere Engagierte, damit für eine Kita-Gruppe ein besonders naturnahes und kinderfreundliches Umfeld geschaffen werden kann. In der Nähe von Schafen, Hühnern, Sattelschweinen, Eseln, Rindern, Hunden, Katzen und viel Grün wird eine Gruppe von 20 Kindern zwischen drei und sechs Jahren ab August 2024 viel Platz zum Entdecken, Spielen und Toben haben. Derzeit wird ein großer Bauwagen gebaut, der in einer Streuobstwiese für Unterschlupf bei Schlechtwetter sorgen soll. Durch Besuche von Grundschulen, regelmäßige Hofwichtel-

tage und Ferienangebote hat der Hof schon viel Erfahrung mit jungen Besucher*innen, die immer wieder begeistert bei der Alltagsarbeit mithelfen. Nun erhalten Kita-Kinder hier ein tägliches Zuhause.

Einen respektvollen Kontakt zu den Hoftieren entwickeln, sich kichernd ins Heu werfen und den Insekten bei der Arbeit auf der Wildblumenwiese zusehen: All diese Erfahrungen sollen die Kinder tagtäglich im Umgang mit der Natur rund um den Hof machen können. Ein solches Kita-Angebot trifft sicherlich auf die Wünsche vieler Kinder und es erweitert zusätzlich die Vielfalt der

Betreuungsangebote in Telgte und Warendorf. Bei unserem Sommerfest des grünen Ortsverbandes konnten wir vor einigen Monaten den Hof und die engagierten Kita-Gründer*innen kennenlernen und waren von der Idee der Hummelwiese begeistert.

Auch wenn die rechtlichen und baulichen Vorgaben, die es bei einer solchen Neugründung – der ersten Bauernhof-Kita im Kreis Warendorf – zu erfüllen gilt, manchmal mühsam sind: Es scheinen nun alle Hürden geschafft. Einige wenige Plätze sind im Bauernhofkindergarten Hummelwiese sogar noch frei.

Für den Bauwagen und das

naturnahe Außengelände sind (steuerlich abzugsfähige) Spenden ebenso noch willkommen. Und wer kein Kind im Kindergartenalter zu betreuen hat: Die naturbunten Eier der Hühner und weitere Hof-Produkte sind nicht nur zu Ostern einen Besuch an den Hoftagen wert.

<https://kita-natura.de/telgte>
www.hof-tieskoetter.de
Instagram: @bauernhofkita_hummelwiese

k.m.

Wird Raestrup doch kein Dorf?

Bereits vor zwei Jahren hatte der Rat einstimmig und guten Mutes eine Innenbereichssatzung für Raestrup beschlossen. Das gibt Raestrup den Status eines Ortsteiles, wie auch die Kernstadt, Westbevern und Vadrup. Aufgekommen war die Idee, um das Planungsrecht für das Gemeindehaus zu ermöglichen und Raestrup bekommt dadurch auch Entwicklungsmöglichkeiten.

Schon während des Verfahrens gab es dann aber eine Überraschung, als sich die Bezirksregierung meldete und darauf hinwies, dass die Innenbereichssatzung erst rechtskräftig wird, wenn auch die Entwässerung einem Innenbereich entsprechend geregelt ist. Dazu müsste eine Druckrohrleitung mit Kosten von 2,2 Millionen Euro gebaut werden, durch die das Abwasser nach Müssingen geleitet werden kann. In Müssingen würde die Leitung dann an das Abwassersystem der Stadt Warendorf angeschlossen werden. Das würde dann auch einen Anschlusszwang für alle Gebäude in Raestrup bedeu-

ten, was in der Anwohnerschaft auch keine helle Freude auslöste. Bisher wird nämlich über Dreikammersysteme und dann in die Gewässer privat entsorgt.

Das war aber erst der Anfang. Dann stellte sich nämlich die Frage nach der Ableitung des Niederschlagswassers und das im Zusammenhang mit anderen Akteuren, die DB AG mit der Schienentrasse und Straßen NRW für die Bundesstraße, beide mit möglichen Belastungen durch Öle, Mikroplastik und ähnlichen Unrat. Zwischenzeitlich stellte sich die Untere Wasserbehörde des Kreises auch auf den Standpunkt, dass Raestrup auch ohne Innenbereichssatzung ordentlich entwässert werden müsse.

Es entstand eine fürchterlich komplizierte Sachlage und auch jetzt sind noch nicht alle Fragen geklärt. Der Rat hat das Verfahren in seiner Sitzung im Februar angehalten und (vermutlich) kurz vor Erscheinen dieser Zeitung die Rückabwicklung beschlossen.

Hier sah man den Amtschimmel wiehernd durch den



Die wunderbar schiefe Schutzhütte in Raestrup hat mit der Innenbereichssatzung nichts zu tun.
Foto: Gerd Klünder

Ratssaal galoppieren. Aber ohne Hintergrund ist das nicht. Die Entwässerung von Bundesstraße und Bahntrasse ist im Augenblick unreguliert und entsorgt am Ende genau so ungeklärt in die Ems, wie die Abwässer aus den Häusern, mit Nährstoffeinträgen, Waschmitteln und Medikamentenrückständen. Die Ems ist in einem schlechten ökologischen Zustand, genau

wegen der Abwässer aus den Städten an der Ems, und muss – eigentlich – durch die Wasserrahmenrichtlinie bis 2027 in einen „guten ökologischen Zustand“ versetzt werden. Das ist ganz sicher schwierig und vielleicht durch die angesammelten Giftstoffe unmöglich. Der Versuch zu einer Verbesserung sollte aber – Innenbereichssatzung hin oder her – auf jeden Fall un-

ternommen werden. Viele Planungsleistungen sind bereits erbracht und wir bekommen jetzt vielleicht die Gelegenheit, das in aller Ruhe schrittweise und für die Beteiligten verträglich aber zielgerichtet umzusetzen. Denn kommen wird das sowieso und so könnte sich möglicherweise mittelfristig die Option einer Innenbereichssatzung ergeben.
g.k.

Unsere Bahnhöfe

Jetzt mit E-Ladesäulen, Carsharing, öffentlicher Toilette und Fahrradstellplätzen

Ein intelligentes Mobilitätskonzept beinhaltet immer auch Gedanken zu einer optimalen Vernetzung der verschiedenen Verkehrsarten von Fußgänger über Rad- und Autoverkehr zum ÖPNV. Damit sollen Anreize geschaffen werden, das Auto möglichst wenig zu nutzen und, wenn möglich, auf den ÖPNV umzusteigen. Gut, wenn man dann gleichzeitig sein E-Auto aufladen kann. Daher ist geplant, an den Bahnhöfen in

Westbevern und Telgte jeweils eine E-Ladesäule kombiniert mit einem Carsharingplatz zu errichten. In Vadrup soll die Säule gegenüber dem Bahnhofsgelände platziert werden, in Telgte an der Gildenstraße. Ein besonderes Förderprogramm erleichtert die Finanzierung, sodass gleichzeitig an beiden Standorten nicht nur zusätzlich eine öffentliche Toilette entstehen soll, sondern auch das Angebot an Fahrradstellplätzen

vermehrt werden soll. Teilweise sollen die Stellplätze sogar überdacht werden, selbstverständlich mit PV-Anlage. In den Kosten von ca. 90.000 Euro, die bei der Stadt verbleiben, ist auch der Umbau der Ladestation am Rathaus und an der Haltestelle vor dem Bürgerhaus mit zusätzlichen Radstellplätzen enthalten.

c.g.

Schulentwicklungszahlen

Die gute Nachricht ist, dass alle Telgter Schüler und Schülerinnen, die sich an den beiden weiterführenden Schulen in Telgte angemeldet haben, auch aufgenommen wurden. Allerdings ist die Sekundarschule hier deutlich an den Klassenobergrenzen. Bei der Vorstellung der Prognosen zeigt sich, dass immer wieder einige Unsicherheiten bei den Zahlen auftreten. Die Verwaltung erläuterte die Problematik und hofft, mit künftigen Verfahren verlässlichere Zahlen zu bekommen. Deutlich ist aber, dass es immer wieder einzelne Jahrgänge geben wird, in denen es trotz der geplanten Aus- und Umbauarbeiten an den Schulen

zu einem Überhang an Schülern und Schülerinnen kommen wird. Wichtig ist daher auch der Blick in die Nachbarkommunen und ihre Schullandschaft. Künftig bedarf es sicher einer regionalen Schulentwicklungsplanung in der Stadtregion, um allen Bedürfnissen der Kinder gerecht zu werden. Die Schullandschaft bietet ein Spektrum an Möglichkeiten. Es wird aber nicht immer der Erstwunsch erfüllt werden können. Außerdem stellt sich auch stets die Frage des Schulweges. Die Schulträger stehen im engen Austausch, um nach Angeboten und Lösungen zu suchen.
s.g.

Eingangsklassen

Eingangsklassen an Grundschulen

Nach der Vorlage der Verwaltung und der Rücksprache mit den Schulleitungen wurden die Eingangsklassen an den vier Telgter Grundschulen festgelegt und vom Rat beschlossen. Die Brüder-Grimm- und auch die Marienschule sind mit je zwei Eingangsklassen und je 56 Kindern hier allerdings auch schon an ihrer Aufnahmekapazität und

bilden entsprechend zwei große Klassen. Die Don Bosco-Schule profitiert dieses Jahr von ihrer Dreizügigkeit und kann bei 68 Anmeldungen entsprechend kleinere Klassen bilden. Auch in Westbevern ist bei 40 Kindern die Beschulung in zwei kleinen Klassen gesichert.

s.g.

Nachruf

Unser langjähriges Mitglied und Urgestein der Telgter Grünen

Harry Wagner

ist am 3. April 2024 verstorben.

Er war einer der ersten Mitglieder des Grünen Ortsverbands in Telgte und wir durften ihn im vergangenen Jahr für 38-jährige Mitgliedschaft ehren. Wir sind ihm dankbar für sein vielfältiges Engagement und seinen unermüdlchen Einsatz für eine intakte Natur.

DIE GRÜNEN IN TELGTE

Ein Schicksal unter drei Millionen

Über drei Millionen Menschen sind auf ihrer Flucht nach Deutschland gelangt. Dat Pöggskén hat sich mit einem von ihnen unterhalten.

Kpangba, warum verlässt jemand seine Heimat, seine Familie und Freunde und kommt in das 7.000 Kilometer entfernte Deutschland, wo er niemanden kennt?

Ich werde in meiner Heimat Guinea politisch verfolgt.

Wie kann jemand in deinem Alter politisch verfolgt sein? Du bist doch höchstens ...

... 20. Ja, richtig. Und ich bin seit vier Jahren auf der Flucht. Mein Vater hat für einen Politiker gearbeitet. 2021 gab es einen Putsch und der damalige Präsident Alpha Condé wurde inhaftiert. Condé war kein Heiliger, aber er war lange Oppositionsführer und wurde bei den ersten freien Wahlen 2010 zum Präsidenten gewählt. Bewaffnete Soldaten kamen zu uns nach Hause und forderten meinen Vater auf, das Haus zu räumen, wir würden angeblich illegal dort wohnen. Als wir am nächsten Tag noch da waren, schossen sie die Haustür auf.

Narben von Kopf bis Fuß

Mein Vater, der zufällig hinter der Tür stand, wurde von einer Kugel getroffen und brach zusammen. Sie haben alles Mögliche im Haus kaputtgemacht. Meine Mutter war schon während der Geburt meines jüngeren Bruders gestorben und dieser war zu dem Zeitpunkt in der Schule, aber sie schlugen mei-

nen älteren Bruder und mich und zerrten uns aus dem Haus. Wir wurden gefesselt und in ein Militärlager gebracht. Seitdem habe ich deutlich sichtbare Narben von den Handschellen und Fesseln an den Oberarmen, Hand- und Fußgelenken.

Mit welcher Begründung ist man so brutal gegen euch vorgegangen?

Niemand hat uns eine Erklärung gegeben, aber der Grund war offensichtlich: der neue Machthaber Mamady Doumbouya wollte meinen Vater als ehemaligen Angestellten eines Politikers beseitigen – und mit ihm seine ganze Familie.

Wie ging es dann weiter?

Am nächsten Tag schlug mir ein Soldat unter einem Vorwand ins Gesicht. Auch diese Narbe wird man wohl für immer sehen. Mein Bruder wollte mir helfen und wurde dafür vor meinen Augen zu Tode geprügelt. Er starb in der folgenden Nacht; ich hatte seinen Kopf auf meinem Schoß. Am anderen Morgen zwang man mich, auf dem Friedhof ein Grab für ihn auszuheben. Als das Loch tief genug war, verschwand der Soldat, der mich bewacht hatte, um den Leichnam meines Bruders zu holen. In diesem Moment halfen mir ein paar junge Männer, über die Friedhofsmauer zu flüchten.

„In Mali war ich erst mal in Sicherheit“

Ein Freund meines Vaters las mich irgendwo auf und es gelang ihm, mich im Kofferraum aus der Stadt zur Grenze nach Mali zu bringen. Über einen

Schleichweg gelangte ich über die Grenze und war erst einmal in Sicherheit.

In Mali? Die deutschen Truppen und die UN-Einsatzkräfte haben das Land aufgegeben ... Mali ist brandgefährlich!

Nicht für mich. In Guinea wurde ich verfolgt, in Mali kannte mich keiner. Der Freund meines Vaters hatte Kontakte und organisierte mir eine Mitfahrgelegenheit. Ich wurde durch die Wüste nach Algerien und dann nach Tunesien gebracht.

„Nach Europa wollte ich nie“

Da ich kein Telefon hatte, dauerte es einige Zeit, bis ich zu Hause jemanden anrufen konnte. Ein Nachbar hatte den Überfall auf meine Familie beobachtet, meinen kleinen Bruder aus der Schule geschmuggelt und auf dem Land in Sicherheit gebracht. Seitdem denke ich nur an ihn. Er ist meine ganze Familie. Ich habe alle möglichen Jobs angenommen, zum Beispiel als Anstreicher, damit ich Geld zusammen bekomme, um für ihn die Schule zu bezahlen. Das ging eine Zeit lang gut und ich wollte in Tunesien bleiben.

Dann bist du aber doch weitergereist?

Nach Europa wollte ich nie, ich hätte auch gar kein Geld dafür gehabt. 2023 ging aber plötzlich das Gerücht um, der tunesische Präsident wolle alle Schwarzen aus dem Land vertreiben. Es hieß sogar, er wolle alle einfangen lassen und in der Wüste aussetzen. Das wäre der sichere Tod gewesen. Ich hatte panische Angst, in ein Boot zu steigen, denn ich hatte gehört, dass viele Menschen im Mittelmeer ertrunken sind. Ein Freund von mir ist auch ertrunken. Aber es gab keine andere Wahl. Ein Bekannter hat die Überfahrt für mich bezahlt, und dann fuhren wir in einem überfüllten Kahn in den Norden. Wir waren 42 Erwachsene und 7 Kinder. Unterwegs kamen wir in einen Sturm und wären wahrscheinlich untergegangen, wenn uns nicht ein schwedisches Schiff gerettet hätte.

„Ich hatte panische Angst vor dem Mittelmeer“

Dann bist du vermutlich nach Lampedusa gebracht worden?

Ja, am 7. April kamen wir auf Lampedusa an. Ich sollte dann in Torino in ein Flüchtlings-

heim, aber der Verantwortliche wollte uns nicht haben, und so wurde ich immer weitergereicht. Erst war ich in Frankreich, dann in verschiedenen Städten in Deutschland. Jetzt wohne ich in einer Sporthalle.

Hast du eine Ahnung, wie es weitergeht?

Ich warte seit über einem halben Jahr auf die Klärung meines Aufenthaltsstatus. Wenn der geklärt ist, darf ich einen Sprachkurs besuchen und finde danach hoffentlich eine Arbeit. Dann kann ich meinem Bruder endlich wieder Geld für die Schule schicken. Der ist jetzt nämlich ziemlich in Bedrängnis.

Danke, Kpangba, für deine Offenheit. Wir wünschen dir alles Gute, dass du einen festen Wohnsitz und Arbeit findest und so schnell wie möglich deinen Bruder wiedersehen kannst.

Das Gespräch wurde im März 2024 geführt. Aus Sicherheitsgründen wurde der Name geändert.

m.w.

! Triggerwarnung!
Schilderung von drastischer Gewalt
und Fluchterfahrungen

MEINUNG -

„Die wollen sich nur die Zähne machen lassen“

Es ist mir völlig unverständlich, dass der oberste Repräsentant der größten Volkspartei in Deutschland mit derart populistischen Sprüchen und offensichtlichen Lügen auf die Ärmsten der Armen eindrischt, um am rechten Rand auf Stimmenfang zu gehen. Ich jedenfalls hätte ein schlechtes Gewissen bei dem Versuch, politisches Ka-

pital aus der Flüchtlingsmisere zu schlagen, wenn ich wüsste, dass nur ein Einziger darunter ist, der tatsächlich verfolgt wird.

Offensichtlich gilt in den Unionsparteien noch immer der alte Spruch von Franz Josef Strauß: „Rechts neben der CSU ist die Wand“. Es wird höchste Zeit für ein unmissverständliches Bekenntnis zur Demokra-

tie und Rechtsstaatlichkeit und für eine Abgrenzung gegen die menschenverachtende Haltung rechtsextremer Gruppierungen.

„Wir werden sie jagen“, hat Gauland propagiert, und genau das hat die AfD getan. In dem Versuch, den sogenannten Flügel, die Identitären, die Werteunion und wen auch immer rechts zu überholen, lässt

die CDU sich bereitwillig vor der AfD hertreiben. Spalten, provozieren und skandalisieren war aber auch immer schon der politische Stil von Friedrich Merz, schon Jahre vor der Erfindung der AfD. Das kann jetzt schnell zur Zerreißprobe werden. Die Union sollte sich bald entscheiden, ob sie ihr C an den Nagel hängen und mit

der AfD verschmelzen oder aber sich auf christliche Werte besinnen und sich eine neue Führung suchen will. Ich kann ihr nur zu Letzterem raten.

Manfred Wälz

Bezahlkarte

In letzter Zeit wird viel über die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete diskutiert. Einige sehen in ihr gar ein Allheilmittel, um die Migration nach Deutschland zu begrenzen. Es wird mit unwahren Behauptungen für die Einführung der Bezahlkarte geworben. Wir bei Zib (Zusammen ist besser) in Telgte ärgern uns über die unwahren Behauptungen, die immer wieder zu lesen und zu hören sind. In diesem Artikel sollen und werden einige Falschmeldungen widerlegt, damit eine sachliche Diskussion möglich ist.

Durch die Einführung der Bezahlkarte verändert sich die Zahl der Geflüchteten weder im Landkreis noch in der Stadt Telgte. Geflüchtete werden über den sogenannten König-

steiner Schlüssel den einzelnen Bundesländern zugewiesen. In Nordrhein-Westfalen verteilt die Bezirksregierung Arnsberg die Geflüchteten auf die jeweiligen Kommunen. Geflüchtete haben keine Möglichkeit, „Wunschkommunen“ anzugeben. Sie müssen in die Gemeinden ziehen, denen sie zugewiesen werden und können aus diesen Gemeinden während des Asylverfahrens auch nicht wegziehen. In Telgte müssen sie nach der neuen Benutzungs- und Gebührensatzung für Geflüchtete auch in den zugewiesenen Wohnungen bleiben.

Bisher ist es so, dass den Geflüchteten die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz auf ein Konto überwiesen werden. Sie können von diesem Konto Geld abheben und über

das Konto Rechnungen oder sonstige Verpflichtungen bezahlen. Das ist mit sehr wenig Verwaltungsaufwand verbunden. Mit der Bezahlkarte erhöht sich der Verwaltungsaufwand erheblich. Die Geflüchteten bekommen das Geld auf die Bezahlkarte überwiesen und können damit einkaufen. Beiträge für Versicherungen, Telefon- und Anwaltsgebühren müssen aber nach wie vor von einem Konto überwiesen werden. Die Geflüchteten werden in diesem Zusammenhang wohl bei den Sozialämtern (oder einer neu zu schaffenden Behörde) vorsprechen müssen, wo im Einzelfall geprüft werden muss, ob die Überweisung gerechtfertigt ist. Anschließend muss der überwiesene Betrag von der Bezahlkarte abgebucht werden –

Verwaltungsvereinfachung sieht anders aus.

Auch die Behauptung, die Leistungen für Geflüchtete wären ein Pull-Faktor (d.h. sie würden Geflüchtete erst auf die Idee bringen, nach Deutschland zu kommen), erweist sich bei näherer Betrachtung als populistisches Geschwätz. Ein alleinistehender Asylbewerber bekommt im Monat 460 Euro. Wenn er in Telgte wohnt, muss er davon eine Stromkostenpauschale von 84 Euro bezahlen. Geht man davon aus, dass er einen Telefonvertrag von 10 Euro und eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen hat (dazu raten wir bei Zib dringend), kommen noch circa 5 Euro Versicherungsgebühr dazu. Dem Asylbewerber bleiben somit 361 Euro, von denen er seine Lebensmittel,

Kleidung, Körperpflegemittel und Fahrkarten für Bus und Bahn bezahlen muss. Ob dieser geringe Betrag tatsächlich Menschen veranlasst, sich in Lebensgefahr zu bringen, um dann die Familie zu Hause unterstützen zu können, darf bezweifelt werden.

Natürlich hat die Bezahlkarte auch eine positive Seite – zumindest für Software-Entwickler*innen. Sie erhalten Beträge im sechs- bis siebenstelligen Bereich für die Entwicklung des neuen Systems und dürften somit die Einzigen sein, für die sich die Bezahlkarten auszahlt.

Arno Lott, Zib

Ingrid Brodnig: Einspruch!

Verschwörungsmythen und Fake News kontern



Sie haben sich in unvorstellbarem Maße ausgebreitet, zur Spaltung unter Freunden und in der Familie geführt und sind mit rationalen Argumenten nicht zu bändigen: Verschwörungsmythen und Fake News. Wie erklärt sich diese Situation und wie können wir mit ihr umgehen? Die Journalistin Ingrid Brodnig ist diesen Fragen nachgegangen. Sie sucht Erklärungen und zeigt Ansätze auf, einem Bruch mit nahestehenden Menschen entgegenzuwirken oder sich wieder anzunähern. Aber sie macht auch klar: Patentrezepte gibt es nicht.

Wir alle haben es zu spüren bekommen: In unsicheren Zeiten steigt offenbar das Bedürfnis nach Sicherheit und Orientierung, und je verwirrender die Verhältnisse sind, desto attraktiver scheinen einfache Erklärungen zu sein. Die Autorin bezieht sich auf Fake News und Verschwörungsmythen, doch auf die plakativen Narrative im rechten Spektrum passen ihre

Ausführungen genauso gut.

Bisweilen haben wir es bei Fake News mit haarsträubenden Behauptungen zu tun. Lassen sich diese nicht einfach durch nachprüfbarere Tatsachen widerlegen und eindämmen? Leider nein. Die virale Verbreitung von Falschmeldungen und die begrenzte Wirkung von Faktenchecks erklärt Ingrid Brodnig damit, „dass ein wesentlicher Teil des Erfolgs von falschen Erzählungen nicht auf der Faktenebene basiert. Viele wilde Gerüchte oder Erfindungen sind so erfolgreich, weil sie einen nicht kognitiv, sondern emotional packen.“ Im Umkehrschluss bedeutet dies: „Berücksichtigen Sie beim Diskutieren nicht nur Fakten.“ Um mit Anhängern von Verschwörungsmythen überhaupt ins Gespräch zu kommen, empfiehlt Brodnig zunächst einmal so zu reagieren, dass man nicht noch mehr Widerstände erzeugt. Wertschätzung der anderen Person sei wichtig, damit das Gegenüber sich überhaupt auf ein Gespräch einlässt. Eine gute Ausgangsbasis für ein Gespräch wäre zum Beispiel klar zu machen: Wir sind unterschiedlicher Meinung, aber du bist mir trotzdem wichtig.

Neben dem Zweifel an wissenschaftlichen Erkenntnissen gibt es weitere Besonderheiten in Gesprächen mit Menschen, die Denkmuster von Verschwörungsmythen angenommen haben. Beispielsweise nennt sie „unfaire rhetorische Methoden, mit denen unlogische Argumente, Halbwahrheiten oder glatte Erfindungen so verpackt werden, dass sie plötzlich einleuchtend klingen“. Dann geht

es nicht mehr darum, was zum Beispiel ein Politiker gesagt hat, sondern darum, was man diesem Politiker zutrauen würde. An dieser Stelle sind Fakten vollends wirkungslos. Allerdings gibt es die Möglichkeit zu sagen: „Moment, das irritiert mich jetzt. Ich denke, jeder sollte nur danach bewertet werden, was er gesagt hat – nicht danach, welche Gefühle man für die Person hat.“

Ingrid Brodnig lässt an mehreren Stellen im Ratgeber eine Frau zu Worte kommen, die in die engsten Kreise von Verschwörungsmythikern geraten ist und nach Jahren wieder herausgefunden hat. In den Kapiteln konzentriert sie sich auf Teilaspekte, u.a.: Strategie wechseln – Berücksichtigen Sie beim Diskutieren nicht nur Fakten, Erkennen Sie die Macht von Fragen, Wie man Falsches erfolgreicher richtigstellt, Achtung bei spektakulären Studien – und weitere Warnsignale sowie Empfehlungen für strategisches Diskutieren.

Der Ratgeber kann uns helfen, emotional geführte Diskussionen wieder zu versachlichen. Das Buch liegt in seiner 2. Auflage 2021 vor und ist damit nicht ganz neu, hat aber an seiner Aktualität nichts eingebüßt.

m.w.

Hilfe fürs Ehrenamt

Die Landesservicestelle für bürgerschaftliches Engagement NRW

Du bist Vorständin in einem Sportverein und fragst dich, wie man eine Satzung richtig aufsetzt? Oder du bist auf der Suche nach Fördermitteln für eine dringend benötigte barrierefreie Rampe im Vereinsheim? Vielleicht zehrt dein Ehrenamt aber auch an deinen Kräften und du wünschst dir Handlungsansätze, wie du die Arbeit besser verteilen kannst?

Dann solltest du dir das Angebot der Landesservicestelle für bürgerschaftliches Engagement Nordrhein-Westfalen anschauen. Die Landesservicestelle ist die zentrale Anlaufstelle des Landes für Engagierte, Initiativen, Vereine, Verbände und

weitere zivilgesellschaftliche Organisationen.

Ihr Auftrag ist es, Engagierte in ihrem Alltag zu unterstützen und einen Beitrag zur Verbesserung der Rahmenbedingungen im bürgerschaftlichen Engagement zu leisten. So informiert sie Engagierte beispielsweise über eine Servicehotline und E-Mail-Beratung und vermittelt entsprechende Angebote – insbesondere zu Fördermitteln und engagementbezogenen Rechtsthemen. Darüber hinaus führt die Landesservicestelle kompakte und kostenfreie Online-Infoveranstaltungen durch.

a.w.

Einen Überblick über die Online-Veranstaltungen mit verschiedenen Schwerpunktreihen (Fördermittel, Recht und Regeln, Stark fürs Ehrenamt, Engagement voranbringen) gibt es hier: <https://veranstaltungen-landesservicestelle-nrw.de/>

Weitere Informationen zum Angebot der Landesservicestelle: <http://www.engagiert-in-nrw.de/landesservicestelle>.

Mit dem Engagement-Newsletter bleibst du immer auf dem Laufenden: <http://www.engagiert-in-nrw.de/newsletter>

Lieblingsstücke.
Ob beim Spaziergang im Wald oder für einen besonderen Anlaß – unsere nachhaltigen Kleidungsstücke sind für jeden Moment gemacht.
Und wann trägst du dein neues Lieblingsstück?

2HEAVEN
organic & fair fashion
Eco Fashion Store for Women + Men
Kapellenstraße 4, 48291 Telgte
0 25 04 - 9 86 49 38. www.2heaven.de

Grüne im EU-Parlament 2019 bis 2024

Eine erfolgreiche Bilanz!

Terry Reintke
Grüne Spitzenkandidatin



Sergey Lagodinsky
Grüner Listenplatz 2



Anna Cavazzini
Grüner Listenplatz 3



Michael Bloss
Grüner Listenplatz 4



Unsere 21 grünen Abgeordnete im Europaparlament haben in der vergangenen Legislaturperiode viel erreicht. Die Erfolge von Terry Reintke, Anna Cavazzini, Michael Bloss und Sergey Lagodinsky – um nur einige Mitglieder zu nennen – machen das Leben in Europa und auch für uns in Telgte lebenswerter und zukunftssicher. Hier eine Auswahl der verabschiedeten Gesetze, für die sich die Grünen eingesetzt haben:

European Green Deal: Grüne haben Europa auf Klimakurs gebracht

Wir sind dem Pariser Klimaziel entscheidende Schritte nähergekommen. Die Grünen waren Treiber beim ersten EU-Klimagesetz und haben einen europäischen Klimarat geschaffen, der die Einhaltung der gesetzten Ziele kontrolliert. Mit dem Gesetz zum Ausbau der erneuerbaren Energien werden wir bis zum Jahr 2030 45 Prozent aller Energie aus Sonne, Wind & Co produzieren. Mit dem Gesetz zum europäischen CO₂-Preis wird das Klimaverhalten teurer.

Klima-Sozialfonds: Damit sich alle Klimaschutz leisten können

Zum ersten Mal in der Geschichte haben wir einen EU-Fonds, der ärmere Haushalte bei der Energiewende unterstützen wird. Mit einem 65-Milliarden-Euro-Paket soll ab 2026 speziell gegen Energie- und Mobilitätsarmut vorgegangen werden. Auch wenn wir uns mehr Geld gewünscht hätten, ist der Fonds ein erster wichtiger Schritt, den Grünen Deal sozial auszugestalten. Damit sich alle Klimaschutz leisten können.

Antriebswende in Europa: Verbrenner-Aus und EU-weit Ladesäulen

Wir Grüne haben nicht nur das Ende des Verbrennermotors bis 2035 mit erstritten, wir haben uns auch erfolgreich dafür eingesetzt, dass Bürger*innen

überall in Europa mit dem Elektroauto unterwegs sein können, ohne Angst haben zu müssen, liegen zu bleiben. Bis 2026 müssen EU-Mitgliedsländer auf Hauptverkehrsachsen mindestens alle 60 Kilometer eine Schnellladesäule für E-Autos zur Verfügung stellen.

EU-Schiennetz: Europa besser vernetzt

Wir Grüne haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Bahn in ganz Europa modernisiert und besser vernetzt wird. Regelspurweiten, Zuglängen sowie Mindestgeschwindigkeiten sollen bis dahin vereinheitlicht werden. Insbesondere haben wir Grüne uns dafür eingesetzt, dass Nachtzüge zur Strategie gehören und die Elektrifizierung der Bahn vorangebracht wird.

Reparieren statt wegwerfen: Das Recht auf Reparatur

Zusammen mit der Zivilgesellschaft haben wir Grünen das Recht auf Reparatur gefordert und durchgesetzt. Es verpflichtet Hersteller zur Reparatur und gibt auch unabhängigen Werkstätten und TÜftler*innen Zugang zu Ersatzteilen und Anleitungen. Wir Grüne haben erfolgreich ein Verbot von Praktiken verankern können, die einer Reparatur im Wege stehen, wie zum Beispiel Software-Updates, die die Hardware unbrauchbar machen. Damit sich Reparaturen auch für Verbraucher*innen lohnen, setzt ein Neustart der gesetzlichen Gewährleistung nach Reparatur eines defekten Produktes einen besonderen Anreiz.

Ein einheitliches Ladekabel

In der EU können jetzt bald endlich alle ihre Handys, Laptops und Digitalkameras mit dem gleichen einheitlichen USB-C-Ladekabel aufladen. Das spart Ressourcen, schon das Klima und die Nerven der Verbraucherinnen und Verbraucher.

Batterien: Nachhaltiger und endlich austauschbar

Verklebt im Gehäuse, kaum Recycling und Menschenrechtsverletzungen in der Lieferkette. Das sind Batterien. Doch die neue Batterie-Verordnung schafft Abhilfe. Smartphone-Akkus und Leichtfahrzeugbatterien müssen in Zukunft austauschbar sein. Auch Batterien für E-Autos werden nachhaltiger. Wir drängten auf höhere Rückgewinnungsquoten für Lithium. Hohe Recyclinganteile in Batterien sorgen dafür, dass die wertvollen Rohstoffe nicht verloren gehen. Für Kobalt, Nickel, Kupfer und Blei liegen sie bis 2032 bei 95 Prozent.

Lieferketten: Schutz vor Menschenrechts- und Umweltverbrechen

Unsere Handys werden unter Zwangsarbeit produziert und unsere T-Shirts verursachen Grundwasserverseuchungen in Bangladesch. Mit dem europäischen Lieferkettengesetz gibt es einheitliche Regeln für Unternehmen, die endlich die Sorgfaltspflicht für ihre Lieferketten übernehmen müssen. Das Gesetz für entwaldungsfreie Lieferketten stoppt den Import von Produkten, die zur Entwaldung beitragen. Und das Verbot von Produkten, die mit Zwangs- und Kinderarbeit in Verbindung stehen, ist das Ende von moderner Sklaverei in unseren Produkten.

Regeln für Big Tech: Mehr Meinungsfreiheit, weniger Hetze

Gegen den heftigen Widerstand von Google und Facebook haben wir Grüne im Europäischen Parlament hartnäckig dafür gekämpft, dass wir gegen die Übermacht der dominanten Digitalplattformen vorgehen. Mit einem Grundgesetz fürs Internet haben wir einen globalen Standard geschaffen, der Meinungsfreiheit online sicherstellt, Überwachung beschränkt und die entscheidende Grundlage für den Kampf gegen Hass und Hetze legt. Die Big-Tech-Konzerne müssen nun regelmäßig

das Risiko bewerten, das ihre Algorithmen für die Gesellschaft darstellen und Gegenmaßnahmen vorschlagen.

Chips Act: Halbleiter für eine grüne Industriepolitik

Ohne Chips geht gar nichts in unserer digitalen Welt. Sie stecken in Smartphones, Autos, Waschmaschinen, Wärmepumpen. Doch die Industrie leidet immer wieder unter Chip-Engpässen. Das soll sich nun ändern: Der „Chips Act“ der EU kurbelt die Halbleiter-Produktion in Europa an und ist ein entscheidendes grünes industriepolitisches Instrument für nachhaltiges Wirtschaften. Es ist außerdem ein klarer grüner Erfolg, dass mit dem Chips Act der Fokus auf eine umwelt- und klimafreundliche Produktion von Halbleitern und auf Kreislaufwirtschaft gelegt wird.

Geldwäsche: Schlagkräftiges Gesetz gegen Finanzkriminalität

Geldwäsche ist eine kriminelle Machenschaft und verursacht in der EU einen Schaden von schätzungsweise 250 Milliarden Euro jährlich. Wir Grüne haben uns deshalb seit Jahren für schärfere Maßnahmen gegen Geldwäsche und organisierte Finanzkriminalität eingesetzt – mit Erfolg. In der EU gibt es künftig ein weitreichendes Gesetz gegen Geldwäsche und eine Anti-Geldwäschebehörde

Feministische Außenpolitik: Frauen an die Verhandlungstische

Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik ist weltweit immer noch eine Männer-Domäne. Dabei gibt es zahlreiche Belege dafür, dass Friedensabkommen länger halten, wenn Frauen an den Verhandlungen beteiligt sind. Wir Grünen haben feministische Außenpolitik daher fest in der EU-Politikagenda verankert. Mindestens 50 Prozent der Managementposten in EU-Institutionen müssen mit Frauen besetzt werden.

Besonders haben wir Grüne uns dafür eingesetzt, auch das Kabinett der EU-Botschafterin für Gleichstellung und Vielfalt im Europäischen Auswärtigen Dienst personell aufzustocken – mit Erfolg.

Kein EU-Geld für Autokraten: Klare Kante gegen Orban und Co.

Wer europäische Werte mit Füßen tritt, bekommt dafür die Quittung aus Brüssel. Das hat Ungarns Premier Viktor Orban jetzt endlich zu spüren bekommen. Seit Dezember 2022 sind fast 28 Milliarden Euro EU-Gelder für die Orban-Regierung eingefroren. Die Gründe: Massive Korruption, eklatante Verletzungen von Grundrechten, Zerstörung der Rechtsstaatlichkeit. Das Europäische Parlament hat die gesetzliche Grundlage dafür (mit-)geschaffen, sodass die Auszahlung von EU-Geldern an den Respekt von europäischen Werten geknüpft ist. Das ist ein Grüner Erfolg.

Nein heißt Nein: EU tritt der Istanbul-Konvention bei

Eine von drei Frauen in der EU hat seit ihrem 15. Lebensjahr sexuelle Gewalt erfahren, das ist bittere Realität. Dass die EU jetzt der Istanbul-Konvention beigetreten ist, ist ein riesengroßer Erfolg. Das Übereinkommen ist ein umfassendes und wirksames Rechtsinstrument, um Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhindern und zu bekämpfen und die Opfer zu schützen.

Frontex überwachen: Grundrechtsmonitoring zeigt Wirkung

Zu Beginn der Legislatur trat die neue Frontex-Verordnung in Kraft. Der Schutz der Grundrechte geht auch in der neuen Verordnung nicht weit genug, um die Beteiligung der europäischen Grenzschutzagentur an Pushbacks und Menschenrechtsverletzungen an den europäischen Außengrenzen zu verhindern. Allerdings konnten

wir Grüne durchsetzen, dass der/die Grundrechtsbeauftragte von Frontex gestärkt wird und 40 Grundrechtsbeobachter*innen die Frontex-Einsätze überwachen. Damit können wir erreichen, dass die Willkür und Gewalt an den Außengrenzen immer schwerer verschleiert werden kann.

Ukrainekrieg: Sondertribunal gegen Putin

Wir Grüne haben die Forderung nach einem internationalen Sondertribunal gegen die politische und militärische Führung Russlands zur Parlamentarisation gemacht. Das hat

genug Druck auf die Regierungen ausgeübt, die nun an einer völkerrechtlich realistischen Ausgestaltung dieses Tribunals zur Ahndung des russischen Angriffskriegsverbrechens arbeiten.

Mindestlohnrichtlinie: Faire Löhne

„Arm trotz Arbeit“ soll mit der Mindestlohnrichtlinie endlich angegangen werden. EU-Länder sind nun verpflichtet, faire Löhne zu gewährleisten. Etwa 25 Mio. Beschäftigte würden davon profitieren. Zusätzlich müssen Länder mit Tarifbindungen unter 80 Prozent Aktionspläne ausarbeiten.

Schifffahrt: erstmals nachhaltig

Wir Grüne haben die Seeschifffahrt erstmals in die klimapolitische Verantwortung genommen. Treibhausgasemissionen großer Schiffe werden in den EU-Emissionshandel ETS aufgenommen. Kraftstoffe in der Seeschifffahrt müssen in Zukunft nachhaltiger und die Luft in Häfen sauberer werden.

LKW-Maut: Straße zahlt Schiene

Bei der Richtlinie zur LKW-Maut haben wir Grüne uns dafür eingesetzt, dass die Maut stärker an den CO₂-Ausstoß ge-

koppelt wird. Künftig wird mit den zusätzlichen Einnahmen aus der LKW-Maut der Ausbau der Bahn querfinanziert. Erstmals fließt damit Geld von der Straße in die Schiene.

Weg mit dem Gender Pay Gap

Frauen in der EU verdienen im Schnitt immer noch knapp 13 Prozent weniger als Männer, in Deutschland sogar rund 18 Prozent. Wir Grünen haben mit der Richtlinie zur Lohntransparenz dafür gesorgt, dass Unternehmen künftig die Bezahlungsunterschiede offenlegen und begründen müssen.

EU-Zukunftskonferenz: Größter Bürger*innen-Rat Europas

Wir machen uns stark für die europäische Demokratie. Auf Grüne Initiative hin haben wir den größten Bürger*innen-Rat Europas ins Leben gerufen. 800 zufällig ausgeloste Europäer*innen haben im Rahmen der EU-Zukunftskonferenz Vorschläge für ein demokratisches, schlagkräftiges Europa ausgearbeitet. Jetzt gilt es: Umsetzen und EU-Verträge ändern.

k.b.

EU-Wahlkampfauftakt

Anna Cavazzini beim Kreisverband (Warendorf)



v.l.n.r.: Stefanie Holtmann (Telgte), Elisabeth Hollenhorst (Waderloh), Raphaela Blümer (Drensteinfurt), Katja Behrendt (Telgte), Anna Cavazzini, Ingeborg Seliger (Beckum) und Ali Baş (Ahlen) Foto: Katja Behrendt

Wie kann man sich besser auf die Europawahl am 9. Juni einstimmen, als sich aus erster Hand über aktuelle Themen, Erfolge und Herausforderungen auszutauschen? Anna Cavazzini, seit 2019 Mitglied im Europäischen Parlament (EP) und auf Platz 3 der Grünen Liste, kam Mitte April zum Frühstück auf Einladung des Kreisverbandes Warendorf nach Drensteinfurt und nahm sich die Zeit zum Gespräch unter anderem mit Katja Behrendt, Stephanie Holtmann und Gerd Klünder von den Grünen aus Telgte.

Unsere Themen an dem Morgen: Der drohende Rechtsruck in Europa, das Asylgesetz, das Lieferkettengesetz, das neue

Recht auf Reparatur und der Green Deal. Rund 70 Prozent der deutschen Gesetze basierten auf Entscheidungen aus Straßburg und Brüssel.

Das im April beschlossene EU-Asylgesetz (GEAS) und die Grüne Ablehnung im EP dazu löste eine intensive Diskussion bei uns aus. Wir konnten die Grüne Ablehnung des Vorschlags auf EU-Ebene nachvollziehen, da das Gesetz die Situation von Geflüchteten nicht besser macht und den Zustrom nicht grundlegend verändern wird. Anna Cavazzini hat als Ausschussvorsitzende für Binnenmarkt und Verbraucherschutz maßgeblich am Lieferkettengesetz mitgearbeitet,

das die soziale Ausbeutung der Menschen bei der Herstellung von Produkten verringern wird. Sie hat sich auch für das Recht auf Reparatur als Stellschraube für Kreislaufwirtschaft, Rohstoffwende und Klimaschutz eingesetzt. Es wird dazu beitragen, unseren gigantischen Ressourcenverbrauch zu verringern. Als großen Erfolg wertete sie die vielen durchgesetzten Gesetze im Green Deal, die Europa auf den Pfad Richtung Klimaneutralität bringen. Ohne Grüne Politik wären diese Erfolge nicht denkbar gewesen. Viele Gründe, um am 9. Juni Grün zu wählen!

k.b.

EUROPAWAHLEN - Wahlprogramm in Kürze.

**MACHEN,
WAS ZÄHLT.**

Wir wollen Europa schützen und stärken, weil es uns schützt und stark macht. Dabei konzentrieren wir uns aufs Wesentliche: Klimaschutz, Gerechtigkeit und die Verteidigung unserer Demokratie. Wir machen, was zählt. Grüne Politik steht dafür, Lösungen zu suchen und sie gemeinsam zu finden. Für dich. Für alle. Für heute und morgen. Lass uns gemeinsam unseren Wohlstand erneuern – in Deutschland und Europa. Lass uns gemeinsam das Klima und unsere Lebensgrundlagen schützen. Lass uns gemeinsam unsere Demokratie gegen Rechtsextreme verteidigen – für ein gutes Zusammenleben. Lass uns gemeinsam machen, was zählt.

Das ist das Kurzwahlprogramm. Zusammen mit der ausführlichen Version und der Version in Leichter Sprache findest du es zum Download unter: gruene.de/artikel/unser-grünes-wahlprogramm-zur-europawahl-2024.

Machen, was Wohlstand und Klima schützt.



Damit Energie für dich und die Wirtschaft bezahlbar und krisensicher bleibt, bauen wir Stromtrassen, die saubere und billige Energie aus dem sonnigen Süden und dem windigen Norden dorthin bringen, wo sie gerade gebraucht wird. Wir stärken die Wirtschaft und schützen das Klima, z. B. indem wir grünen Wasserstoff überall nutzbar machen, damit auch energieintensive Industrien wie die Stahlproduktion in Europa Zukunft haben. Durch die Verbindung europäischer Bahnnetze machen wir es für alle Bürgerinnen und Bürger einfacher, unseren Kontinent mit dem Zug zu erkunden. All das ist Teil des Green Deal. Mit ihm machen wir Europa klimaneutral, modern und wettbewerbsfähig. Diese Europawahl entscheidet über seine Zukunft.

Machen, was Demokratie und Freiheit schützt.



Du sollst frei und sicher leben können in einer vielfältigen und offenen Gesellschaft. Dafür verteidigen wir unsere Freiheit und unsere Demokratie gegen Rechtsextreme, die sie angreifen. Wir sichern Rechtsstaatlichkeit. Mit verbindlichen Regeln europaweit stellen wir uns klar gegen Korruption und Vetternwirtschaft, gegen Einschränkungen von Pressefreiheit, Frauenrechten und einer unabhängigen Justiz.

Machen, was Gerechtigkeit schützt.



Wir kämpfen für einen Sozialstaat, auf den du dich verlassen kannst. Dazu zählen gerechte Arbeitsbedingungen und starke Gewerkschaften, sichere Jobs und faire Löhne. Damit alle EU-Bürgerinnen mit ihren Einkommen auskommen, wollen wir europaweit angemessene gesetzliche Mindestlöhne sichern. Für Deutschland würde das bedeuten: Wir heben den Mindestlohn auf rund 14 Euro an. So schützen wir Europäerinnen vor Armut und Ausgrenzung und sorgen dafür, dass unser Wohlstand bei allen ankommt.

Machen, was Frieden schützt.



Wir kämpfen für einen Sozialstaat, auf den du dich verlassen kannst. Dazu zählen gerechte Arbeitsbedingungen und starke Gewerkschaften, sichere Jobs und faire Löhne. Damit alle EU-Bürgerinnen mit ihren Einkommen auskommen, wollen wir europaweit angemessene gesetzliche Mindestlöhne sichern. Für Deutschland würde das bedeuten: Wir heben den Mindestlohn auf rund 14 Euro an. So schützen wir Europäerinnen vor Armut und Ausgrenzung und sorgen dafür, dass unser Wohlstand bei allen ankommt.



Foto: Vincent Grundke

Unsere Europa-Kandidatin Janina Singh



Foto: Sinan Muslu

Janina Singh setzt sich für eine zukunftsorientierte Innovationspolitik ein, die nicht nur wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit fördert.

In der Digitalpolitik sieht sie Chancen und Herausforderungen. Die Bekämpfung von Diskriminierung und Hass im digitalen Raum steht für sie dabei an oberster Stelle. Im Europaparlament möchte sie darauf hinwirken, klare und verantwortungsvolle Regelungen für KI-Systeme zu schaffen.

Angeht es um den wachsenden Einfluss in Europa, sieht Janina einen Bedarf an Führungspersonlichkeiten im Europaparlament, die energisch gegen Hate Speech und Diskriminierung kämpfen. Als Kandidatin für das Europaparlament will sie sich für Menschen starkmachen, die in der Politik zu wenig gehört und repräsentiert werden. Seit 3 Jahren setzt sie sich bei BUNT GRÜN dafür ein, dass die Perspektive von farbigen Menschen in unserer Partei mit einbezogen werden.

“Ich bin Janina Singh, 28 Jahre alt und komme aus dem ländlich-industrialisierten Kreis Siegen-Wittgenstein in NRW. Ich arbeite als wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bundestag an den Themen Forschung und Technikfolgenabschätzung. Mein Fokus liegt auf Digital- und Innovationspolitik, Rechten von Minderheiten, der Zusammenarbeit mit Indien, Antirassismus und Vielfalt.”

Mehr unter: janinasingh.eu

Janina
Singh

Unser Europa-Kandidat Philipp Mathmann



Foto: Paul Metzdorf

Philipp Mathmann setzt sich für die Förderung der Kultur ein. Denn Kultur unterstützt die gegenseitige Anerkennung und Wertschätzung. Sie schafft Verbindungen, fördert Verständnis und trägt dazu bei, Europa als einen Raum des Friedens, der Demokratie und der Freiheit zu erhalten und weiterzuentwickeln.

Als promovierter Arzt möchte Philipp, dass gemeinsame europäische Gesundheitsstandards auf Basis der vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnis definiert und umgesetzt werden. Aus der Erfahrung mit der Corona-Pandemie leitet er ohnehin einen steigenden Bedarf an Zusammenarbeit ab.

Bildung ist für Philipp der

Schlüssel zur persönlichen Entfaltung und zur Stärkung der Demokratie. Es ist daher von großer Bedeutung, in Bildung zu investieren, natürlich schon bei Kindern und Jugendlichen. Früh erworbene Sprach-, Lese- und Rechtschreibkompetenzen ermöglichen es, Informationen aus verschiedenen Quellen zu verstehen, zu bewerten und zu hinterfragen. Auch internationale Programme gegen Analphabetismus und zur Bildungsförderung dienen konkret der Demokratiesicherung und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bildung schafft gesellschaftliche Resilienz gegenüber extremistischen Ansichten und Manipulation.

“Ich bin 37 Jahre alt, mit einem Niederländer verheiratet und Vater eines kleinen Sohns. Aufgewachsen in Lippstadt, habe ich Medizin in Münster studiert, promoviert und parallel eine Ausbildung zum Opernsänger durchlaufen. Heute bin ich leitender Oberarzt an der Uniklinik Münster und international aktiver Sänger.”

Mehr unter: philipp-mathmann.eu

Philipp Mathmann

IMPRESSUM

REDAKTION

Peter Spieker (p.s.), Gerd Klünder (g.k.), Tatjana Scharfe (t.s.) & Illustration), Manfred Wälz (m.w.), Anja Weiligmann (a.w. & Lektorat), Greta Scharfe (Satz, Illustration)

AUTOR*INNEN

Katja Müller (k.m.), Sascha Hinkel (s.h.), Katja Behrendt (k.b.), Christoph Grünwald (c.g.), Christina Sachse (c.s.), Sabine Grohnert (s.g.), Stephanie Holtmann (s.ho.)

Zeitung der Grünen Telgte, Ratsfraktion & Ortsverband, Bündnis 90/DIE GRÜNEN
Auflage: 8.200 Stück V.I.S.d.P: Peter Spieker

Peter Spieker
Waldweg 27
48291 Telgte

KONTAKTADRESSEN

ORTSVERBAND
Tatjana Scharfe
Tel.: 985 51 60

RATSFRAKTION
Sabine Grohnert
Tel.: 770 96



Was bedeutet Europa für mich?

Anlässlich der Europawahl am 9. Juni habe ich mir selbst die Frage gestellt, was Europa überhaupt für mich bedeutet und warum es so wichtig ist, auch bei dieser Wahl seine Stimme abzugeben.

Europa steht für mich in erster Linie für Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand. All das ist keine Selbstverständlichkeit, wie uns der russische Angriffskrieg auf die Ukraine und die angespannte wirt-

schaftliche Lage tagtäglich vor Augen führen. Rechtsextreme Parteien in ganz Europa rütteln am freiheitlich-demokratischen Fundament der Europäischen Union, wollen es einreißen und Europa zu Fall bringen. Europa kann aber nur gemeinsam sicher und stark sein, Alleingänge oder sogar Austritte schwächen es. Deshalb dürfen wir nicht zulassen, dass rechtsextreme Kräfte unwiederbringlich zerstören, was wir aufgebaut haben.

Im Rahmen der EU-Mindestlohnrichtlinie verpflichten sich die Mitgliedsstaaten beispielsweise dazu, angemessene Mindestlöhne transparent festzulegen. Und das ist nur eine von vielen Stellschrauben zu mehr Wohlstand und Teilhabe von Menschen in sogenannten Niedriglohnssektoren. Auch bei der Entwicklung und Umsetzung erneuerbarer Energien spielt Europa eine führende Rolle. Länder wie Deutschland,

Schweden und Dänemark sind Vorreiter bei der Nutzung von Wind- und Sonnenenergie.

Die EU fördert diese Entwicklungen durch finanzielle Unterstützung und gesetzliche Maßnahmen. Der Klimawandel kennt keine Grenzen, weder nationale noch internationale, und die Umweltprobleme eines Landes können schnell zu grenzüberschreitenden oder globalen Herausforderungen werden. Die Europäische Uni-

on hat sich als Pionierin in der Umweltgesetzgebung und beim Klimaschutz etabliert. Initiativen wie der European Green Deal zielen darauf ab, Europa bis 2050 klimaneutral zu gestalten. Gerade heute stolperte ich über eine Auswertung des Abstimmungsverhaltens der Parteien im EU-Parlament rund um die Themen Klima-, Natur- und Umweltschutz.

Beispielhaft möchte ich zwei Abstimmungen zitieren:

Renaturierung

Die Verordnung zur Wiederherstellung der Natur soll die Renaturierung von Ökosystemen in der EU vorantreiben. Im EU-Parlament gab es jedoch massiven Widerstand. Am Ende überlebte das Gesetz mit einer hauchdünnen Mehrheit unter den 705 Abgeordneten. So stimmten die deutschen Abgeordneten zur Frage: „Soll die EU ein Renaturierungsgesetz beschließen?“

Dafür

Grüne: 20
SPD: 16
Linke: 5
PARTEI: 1
ÖDP: 1
Volt: 1
Piraten: 1

Dagegen

CDU: 23
AfD: 9
CSU: 6
Familien: 1
Bündnis D: 1

Pestizide

Die „Verordnung zur nachhaltigen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln“ sollte den Einsatz von Pestiziden in der EU bis 2030 halbieren und Städte, Gemeinden und Schutzgebiete vor besonders gefährlichen Stoffen schützen. Am Ende scheiterte das Gesetz an wenigen Stimmen. So stimmten die deutschen Abgeordneten zur Frage: „Soll die EU den Einsatz von Pestiziden bis 2030 halbieren?“

Dafür

Grüne: 16
SPD: 11
Linke: 3
Volt: 1
ÖDP: 1
Piraten: 1
PARTEI: 1

Dagegen

CDU: 17
AfD: 7
CSU: 6
FDP: 5
FW: 5
SPD: 2
Familien: 1

Wie hier ersichtlich wird, können Grüne Abgeordnete den Ausschlag geben. Aber dafür brauchen wir bei der Europawahl auch deine Stimme. Bitte geh am 9. Juni wählen. Für die Natur. Fürs Klima. Für uns alle.

a.w.

Quelle: <https://www.bund.net/europawahl/bilanz-legislatur/>

„Ich würde mich ja gerne mehr engagieren, aber ...“

Du überlegst, ob eine Mitgliedschaft bei den Grünen etwas für dich wäre? Großartig! Aber wie anfangen? Da gehen dir sicherlich viele Fragen durch den Kopf. Einige Fragen, Bedenken und Antworten haben wir weiter unten gesammelt. Eine gute Möglichkeit für den Einstieg wäre ein Anruf oder eine E-Mail an deinen Ortsverband; dann kannst du nach den nächsten öffentlichen Terminen fragen. Vielleicht kennst du jemanden, der oder die bereits Mitglied ist. Ihr könntet zusammen eine Veranstaltung oder eine Fraktionssitzung besuchen. Da wirst du dann sehr schnell merken, welche Themen dich besonders interessieren.

Warum sollte ausgerechnet ich in eine Partei eintreten? So viel Zeit habe ich eigentlich nicht.

Grundsätzlich steht es jedem gut zu Gesicht, selbst Verantwortung zu übernehmen, als über „die da oben“ zu motzen. Niemand kennt deine Standpunkte so gut wie du. Wer also sollte besser für dich sprechen können als du selbst?

Ich bin eher introvertiert, und bei vielen Themen kann ich gar nicht mitreden.

In Diskussionen und Gesprächen mit anderen Mitgliedern lernst du die unterschiedlichsten Blickwinkel auf ein Thema kennen und wirst mit Pro- und Kontraargumenten vertraut. Deine Kenntnisse werden schnell zunehmen, sodass auch

dir das Mitreden zunehmend leichter fallen wird.

„Die Partei, mit der ich hundertprozentig übereinstimme, gibt es nicht ...“

... sagte der Europapolitiker Sven Gigold auf einer öffentlichen Veranstaltung. „Aber bei den Grünen gibt es die meisten Schnittstellen. Deswegen bin ich bei den Grünen.“ Volksparteien decken im Gegensatz zu kleineren Parteien das gesamte Spektrum der politischen Themen ab. Es wäre purer Zufall, wenn du mit allen offiziellen Standpunkten von Bündnis 90/Die Grünen im Einklang wärst. Jeder Mensch ist anders, und wir Grünen sind stolz auf unsere Unterschiede und unsere Individualität. Diskussionen um den richtigen Kurs gehen wir nicht aus dem Weg, gegenteilige Meinungen werden nicht totgeschwiegen und keinesfalls wird ein angeblicher Volkswille propagiert. Innerparteiliche Gegensätze wirken nach außen manchmal chaotisch und werden gerne in der Presse und von den anderen Parteien kommentiert, aber Vielfalt ist bei uns Programm. Mit deiner individuellen Sichtweise bist du herzlich willkommen und bereicherst die Partei.

Muss ich mich gleich zu einem Amt verpflichten?

Nein. Alle Aktivitäten sind freiwillig, und alle Mitglieder bringen sich nach ihren Kenntnissen, Wünschen und Möglichkeiten ein. Du wirst

erst einmal Zeit brauchen, dich zu orientieren und mit den Themen vertraut zu machen. Wenn der richtige Zeitpunkt gekommen ist, solltest du ruhig ausprobieren, Verantwortung für ein Thema oder ein Amt zu übernehmen.

Muss ich regelmäßig an Terminen teilnehmen, wenn ich eintrete? Ich fände es eigentlich besser, wenn ich spontan entscheiden könnte.

Niemand kann alle Termine wahrnehmen, und es ist auch nicht alles für jeden interessant. Vielleicht suchst du dir Themen aus, in die du tiefer einsteigen willst. Parteiarbeit ist ein Ehrenamt, und du entscheidest selbst, wie viel Zeit du dafür aufbringen willst und kannst. Allerdings führt eine regelmäßige Auseinandersetzung mit einem Thema schneller zur Expertise und du kannst mehr bewirken.

Ganz ehrlich: Ich habe keine Lust, Wahlplakate aufzuhängen.

Ganz ehrlich: Das macht überhaupt nichts. Wenn du regionale Themen nicht so spannend findest, kannst du dir andere Schwerpunkte aussuchen, auch überregionale. Beispielsweise hat jedes Mitglied die Möglichkeit, Anträge in der Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) einzureichen, also auch du, sobald du Mitglied bist. Über solche Anträge kannst du deine Sichtweise in die Bundespolitik bringen. Das

ist mehr als eine theoretische Möglichkeit: Der Kreisverband Warendorf hat zum aktuellen Europawahlprogramm gleich mehrere Anträge eingereicht.

Muss ich einen Mitgliedsbeitrag zahlen?

Ja, der Mitgliedsbeitrag liegt bei einem Prozent deines Nettoeinkommens, also beispielsweise monatlich 20,00 Euro, wenn du ein Monatseinkommen von 2.000,00 Euro netto hast. Über den gezahlten Beitrag bekommst du am Ende des Jahres automatisch eine Spendenbescheinigung, die du bei deiner Steuererklärung geltend machen kannst. Von diesem Betrag bekommst du dann unabhängig von deinem persönlichen Steuersatz 50 Prozent zurückerstattet. Für Personen ohne steuerpflichtiges Einkommen beträgt der Mindestbeitrag 5,00 Euro. Allerdings musst du wissen, dass dein Ortsverband dann draufzahlt, denn die Beiträge für die Kreis-, Landes- und Bundesebene sind festgelegt und übersteigen in Summe die 5,00 Euro deutlich.

Apropos Geld, was passiert mit meinen Beiträgen?

Allgemein gesagt, wird das Geld für die Organisation der politischen Arbeit und für die Verwaltung der Partei auf Bundes-, Landes-, Kreis- und Ortsebene benötigt. Auf allen Ebenen fallen Personalkosten an, ebenso Kosten für Büromieten, Ausstattung, Mitgliederverwaltung und -werbung, Webpräsenz und Büromaterial, manchmal auch

Rechtsberatung. Auf größeren Veranstaltungen müssen die Räumlichkeiten bezahlt werden, ggf. auch externe Referent*innen inklusive Fahrt- und Übernachtungskosten. In Wahljahren kommen noch Ausgaben für Wahlplakate, Infomaterial, Wahlkampfstände, Postverteiler und vieles mehr hinzu.

Ich war schon auf einer Anti-AfD-Demo. Warum soll ich jetzt auch noch in eine Partei eintreten?

Wir befinden uns in Deutschland historisch in einer außergewöhnlichen Situation. Rechte, rechtsextreme, nationalistische und fremdenfeindliche Gruppierungen schießen wie Pilze aus dem Boden, schrecken vor Gewalt nicht zurück, drängen uns allen ihre Themen auf und finden eine ungeheure Verbreitung, beispielsweise auf TikTok. Dort hat die AfD über zehnmal mehr Follower als die zweitstärkste Partei, von den anderen ganz zu schweigen. Hinzu kommen massive Herausforderungen von außen, die bewusst an den Grundmauern der Demokratie rütteln. Jede Stimme, die sich zur Demokratie bekennt, ist wichtig. Gleichzeitig spüren wir rasante Klimaveränderungen. Wer sich bei den Grünen einsetzt, fördert beides, demokratische Werte und Umweltschutz.

Die Zeit ist reif, Farbe zu bekennen.

Wir empfehlen: Grün.

m.w.



**WERTE
VERTEIDIGEN.
FRIEDEN
SCHÜTZEN.**



**MACHEN,
WAS ZÄHLT.**

[gruene.de](https://www.gruene.de)

Member of the
European Greens